



# JAHRESBERICHT 2005/2006



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C



#### Mitarbeit am Jahresbericht 2005/2006

Projektleitung:	Susanne Heinke
Autoren:	Dr. Volker Böge, Marc von Boemcken, Julie Brethfeld, Dr. Michael Brzoska, Peter J. Croll, Michael Dedek, Susanne Heinke, Willem Jaspers, Dr. Hartmut Küchle, Tobias Pietz, Lars Wirkus
Lektorat:	Susanne Heinke, Elvan Isikozlu
Übersetzungen:	Lynn Benstead (englisch), Brigitte Steinmetz (deutsch)
Layout und Publikationsmanagement:	Svenja Bends
Bildbearbeitung:	Christian Kraft
Sonstige Mitarbeit:	Anja Chichowitz, Liane Heinz, Natalia Krieger, Heike Webb

# Inhalt

Geleitwort des Ministers für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Andreas Pinkwart	4
Vorwort	5
Den Frieden konsolidieren – Wie geht das? Erfolge, Fehlschläge und Herausforderungen	6
Globale und regionale Trends: Militärausgaben, Streitkräftestärke, Anzahl gewaltsamer Konflikte	13
Ein Leben ohne Waffen muss trainiert werden	18
Rüstungsimporte, Entwicklungshilfe, Menschenrechte – Eine Datenbank schafft Transparenz	20
Perspektiven für die deutsche Heeresindustrie	22
Kooperation statt Konflikt – Wassermanagement im Südlichen Afrika	24
Demokratische Republik Kongo: Kriegswirtschaft nach Friedensschluss	26
Neue Ansätze für die zivil-militärische Zusammenarbeit bei den Vereinten Nationen?	28
Was kommt, wenn das Militär geht? Liegenschaftskonversion in Deutschland und international	30
Millenniumsziele 2015, Armutsbekämpfung und Gewaltkonflikte – Eine Fotoausstellung	32
Geschäftsbericht	34
Publikationsliste (Januar 2005 bis April 2006)	40

## Fotos

- S. 7: UNDP. Ein Mädchen übergibt Munition während einer UNDP-Waffeneinsammlungsaktion in Rogozhina, Bezirk Kavaja/ Tirana, Albanien
- S. 8: BICC. Waffenmarkt im Jemen
- S. 9: Redux/laif. Blauhelmeinsatz während der Wahl in Haiti
- S. 11: Dreyse/laif. Frauenschule in Joal, Senegal
- S. 16: Meissner/laif. Lebensmittelhilfe im Waterloo Flüchtlingscamp, Sierra Leone
- S. 19: UN/DPI Photo. Skulptur vor dem VN-Hauptgebäude in New York
- S. 21: Elbern, Sandra/IMZBw/Bildarchiv. CH 53, Tiefflug von Thermez nach Kunduz, Afghanistan
- S. 23: Modes, Detmar/IMZBw/Bildarchiv. Der Infanterist der Zukunft
- S. 25: Roger, Dominique. UNESCO. Ein Kind wäscht die Hände. Tienfala, Mali
- S. 27: UNDP. Jugendliche in der DR Kongo
- S. 29: Büchner/BICC. Warnschild am Ortseingang von Herat, Afghanistan
- S. 33: Grossmann, laif. Zwei Mädchen in afghanischem Flüchtlingslager  
BICC. Ausstellungseröffnung, Wissenschaftszentrum Bonn
- S. 36: BICC. Teilnehmer der internationalen Konferenz „10 Jahre BICC“, April 2004

# Geleitwort



**K**onversion: Das Thema dieser Publikation klingt spröde, ist aber aktuell und hat eher steigende als sinkende Bedeutung. Zumal das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) als weltweit einziges Forschungszentrum auf dem Gebiet der Konversion sein Thema umfassend versteht. Sein Auftrag: Militärische Prozesse, Aktivitäten, Liegenschaften und Strukturen wirksam und nachhaltig umwandeln. Dazu braucht man Konzepte für Regionen, die Strukturwandel bewältigen müssen, weil Militärliegenschaften geschlossen werden. Dazu braucht man aber auch noch mehr. Konsequenter tritt das BICC deshalb mit dem weitergehenden Anspruch an, Frieden und Entwicklung zu fördern und damit zum Erreichen der Millenniumsziele beizutragen.

Wir sprechen oft davon, dass Innovationen der Schlüssel zur Zukunft unserer Gesellschaft sind. Und denken dabei meist an Wissensbereiche wie die Life Sciences, die Nano- oder die Biotechnologien. Das BICC zeigt uns, wir sollten nicht vergessen, dass wir innovative Konzepte ebenso dringend von den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften brauchen. Schwelende und immer wieder aufflammende Bürgerkriege, Armut, Pandemien, knappe Ressourcen und nicht zuletzt der internationale Terrorismus – all dies sind Bedrohungen für die Sicherheit der internationalen Staatengemeinschaft. Und für all dies brauchen wir Kreativität und neue Lösungsansätze.

Das BICC macht auf diesem weiten Feld anerkannt gute Arbeit. Gegründet im Jahr 1994 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen als unabhängige und gemeinnützige Organisation, wurde es 2003 bereits zum zweiten Mal hervorragend evaluiert. Es verfügt über zahlreiche nationale und internationale Kooperationskontakte. Es ist ein Schmuckstück der Wissenschaftsstadt Bonn, auf das wir stolz sein können.

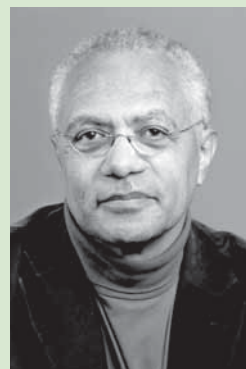
Die Leserinnen und Leser halten den Pionier einer neuen Publikationsreihe in Händen, den *Jahresbericht – Annual Report*. Er entwickelt das bisherige Jahrbuch *Conversion Survey* weiter und erscheint, auch dies ein Novum, in englischer und deutscher Sprache. Schön, dass das BICC der Öffentlichkeit so noch besseren Einblick in seine praktische Arbeit gibt. Erstmals wird auch der Geschäftsbericht veröffentlicht, der die wirtschaftliche Situation dokumentiert. Das schafft noch mehr Transparenz und wirft auch in dieser Hinsicht ein gutes Licht auf das BICC.

Ich wünsche dem Institut weiterhin viel Erfolg bei seiner wichtigen Arbeit und den Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

*Prof. Dr. Andreas Pinkwart*

Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

# Vorwort



Im Jahr 2006 startet das BICC (Bonn International Center for Conversion – Internationales Konversionszentrum Bonn) eine neue Publikationsreihe – den *Jahresbericht (Annual Report)*. Wir wollen damit inhaltlich zu unseren Kerngebieten Waffenkontrolle und zivile Nutzung von Ressourcen, Friedenskonsolidierung und Konflikte Stellung nehmen sowie weltweite Auf- und Abrüstungstrends analysieren. Aber wir wollen auch einen besseren Einblick in die praktische Arbeit des BICC ermöglichen. Kurze Artikel schildern Erfahrungen, Zielsetzungen, Ergebnisse und Forschungsschwerpunkte von ausgewählten Projekten. Ein Geschäftsbericht gibt Aufschluss über die wirtschaftliche Entwicklung des BICC. Kurz – wir wollen eine breite Öffentlichkeit, Wissenschaft und potentielle Auftraggeber umfassend über unsere Arbeit informieren.

Der Leitartikel des diesjährigen *Jahresberichts* hat die Überschrift „*Den Frieden konsolidieren – Wie geht das? Erfolge, Fehlschläge und Herausforderungen*“. BICC versteht unter Konversion die Umwandlung militärischer Prozesse, Aktivitäten, Ressourcen und Strukturen. So definierte Konversion unterstützt auch Krisenprävention und den Wiederaufbau in Nachkonfliktsituationen. Die hier diskutierte Frage, wie Frieden nachhaltig geschaffen werden soll, ist angesichts schwelender oder immer wieder aufflammender Konfliktherde wie in Afghanistan, im Irak, in der Nahostregion und in Ländern Afrikas südlich der Sahara von entscheidender Bedeutung. Wo liegen die „wunden Punkte“, die manche Gewaltkonflikte so zählebig machen? Hat die internationale Gemeinschaft aus Fehlern gelernt? Was können Waffenkontrolle sowie Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration, Sicherheitssektorreform und Krisen verhütende Maßnahmen leisten?

Untermauert werden diese Aussagen durch eine Einschätzung internationaler Auf- und Abrüstungstrends. Die Auswertung umfangreicher Daten legt nahe, dass die Tendenz zu weltweit erhöhten Militärausgaben weiterhin ungebrochen ist. Was aber bedeutet dies für regionale Konfliktkonstellationen? Welche Aussagen können über den Zusammenhang Sicherheit und Ent-

wicklung getroffen werden? Was beinhaltet menschliche Sicherheit? Gemeinsam mit dem Leitartikel bildet diese Analyse den Brückenschlag zum ehemaligen Jahrbuch des BICC, dem „*Conversion Survey*“, der zehn Jahre bis 2005 erschien und kontinuierlich globale Auf- und Abrüstungstrends auswertete.

Einzelne Artikel widmen sich herausgestellten Projekten des BICC. Vorgestellt werden z.B. Erfahrungen mit international anerkannten Weiterbildungsmodulen zur Kleinwaffenkontrolle von TRESA (*Trainings and Education on Small Arms*). Erläutert wird die neue Datenbank zu Rüstungsexporten ebenso wie Forschungen zur deutschen und europäischen Rüstungsindustrie. Um den Zusammenhang zwischen der Nutzung natürlicher Ressourcen und Konflikten drehen sich die Beiträge zu grenzüberschreitendem Wassermanagement und über die Rolle externer Akteure in Bürgerkriegsökonomien im Afrika südlich der Sahara. Berichtet wird über ein Forschungsvorhaben zu integrierten Friedensmissionen der Vereinten Nationen sowie über nationale wie internationale Erfahrungen und Perspektiven der Liegenschaftskonversion. Als repräsentativ für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit kann das Ausstellungsprojekt „*Millenniumsziele 2015 – Gemeinsam für Armutskämpfung und Entwicklung*“ gelten.

Ein Novum ist der erstmals veröffentlichte Geschäftsbericht des BICC. Er informiert nicht nur über Zahlen und Fakten der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch über Projekte und Personal des Zentrums. Eine Publikationsliste vervollständigt das Bild der Aktivitäten.

Konversion ist Innovation – hierfür steht das BICC als europa- und weltweit bislang einziges Konversionsforschungszentrum. Mit unserem neuen *Jahresbericht* wollen wir in Zukunft kontinuierlich Auskunft geben, wie wir für unseren Informations-, Beratungs- und Forschungsauftrag aufgestellt sind.

Peter J. Croll  
Direktor des BICC

# Den Frieden konsolidieren – Wie geht das? Erfolge, Fehlschläge und Herausforderungen

Militärbezogene Prozesse, Aktivitäten, Güter und Strukturen so zu transformieren, dass Konflikten vorgebeugt wird bzw. nachhaltig friedfertige Verhältnisse nach einem Konflikt wiederhergestellt werden, sind für das BICC Kernelemente von Konversion. In diesem Kapitel werden einige Fragen untersucht, die sich aus den derzeitigen Schwierigkeiten bei der Schaffung bzw. Erhaltung des Friedens ergeben. Der Friedenskonsolidierung kommt dabei eine doppelte Bedeutung zu: Sie ist einerseits ein zentrales Ziel der Konversion, andererseits aber auch eine Rahmenbedingung für Konversionsmaßnahmen wie z.B. Kleinwaffenkontrolle, Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kombattanten (DDR), die Reform des Sicherheitssektors (SSR) und Konfliktprävention.

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die internationale Staatengemeinschaft hat ihre Fähigkeit verbessert, offene Kampfhandlungen zu unterbinden und zu beenden; allerdings ist sie keineswegs bereit, diese Fähigkeit auch bei allen bewaffneten Konflikten einzusetzen.
- Obwohl es inzwischen eine große Zahl von Fallbeispielen gibt, wissen internationale Organisationen, Regierungen und Geber von Entwicklungshilfe immer noch zu wenig darüber, wie eine Gesellschaft nach dem Ende eines bewaffneten Konflikts beim Aufbau nachhaltiger Friedensstrukturen mit Erfolg unterstützt werden kann. Auffällig ist jedoch, dass bestimmte Maßnahmen bevorzugt ergriffen werden, auch wenn nicht bekannt ist, ob und wie sie wirken.
- Ein weiterer Grund für die häufigen Fehlschläge bei der Friedenskonsolidierung nach Konflikten in armen Ländern ist – neben den Fehlern bei der praktischen Umsetzung der Maßnahmen vor Ort – unser nach wie vor sehr lückenhaftes Wissen über die Ursachen gewaltsamer Konflikte und Kriege sowie über die Bedingungen und Maßnahmen, die nicht nur einen erfolgreichen Wiederaufbau, sondern auch eine wirksame Konfliktprävention ermöglichen.

## Friedenskonsolidierung 2005

Die Maschinerie der internationalen Krisenreaktion ist weiterhin kompliziert und fehleranfällig. Anfang 2005 schien es, als hätten die Bemühungen um eine Reform des VN-Sicherheitsrates – des höchsten Entscheidungsgremiums der internationalen Ebene – gute Erfolgsaussichten. Das Ergebnis Ende 2005 war dann aber sehr enttäuschend: de facto wurden während des Millennium-Plus-5-Gipfels der UNO im September 2005 nur ganz wenige konkrete Reformschritte beschlossen. Zu den größten Erfolgen gehörte dabei die Schaffung einer Kommission für Friedenskonsolidierung, auch wenn ihr Mandat gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel vom Dezember 2004 stark eingeschränkt wurde.<sup>1</sup> Zwar sind die Formulierungen des Schlussdokuments sehr vage, aber die Kommission für Friedenskonsolidierung ist immerhin einer der wenigen praktischen Vorschläge zur VN-Reform, der die Verhandlungen bei diesem Gipfel überdauert hat.

## Die positive Rolle internationaler Interventionen

Die im Folgenden aufgeführten Ereignisse des Jahres 2005 können als Signale für die aktuellen Trends beim Konfliktmanagement und Nachkriegswiederaufbau gelten. Festzuhalten ist, dass die internationale Staatengemeinschaft ihre Fähigkeiten verbessern konnte, offene Kampfhandlungen zu unterbinden und zu beenden. Bedauerlicherweise sind die Staaten aber häufig nicht willens und in einigen Fällen auch gar nicht in der Lage, diese Fähigkeiten in bewaffneten Konfliktsituationen zum Einsatz zu bringen.

- Zwischen der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) und der Regierung des Sudan in Khartoum wurde am 9. Januar 2005 im Scheinwerferlicht der internationalen Gemeinschaft und der Medien ein umfassendes Friedensabkommen unterzeichnet, mit dem der längste Bürgerkrieg in Subsahara-Afrika beendet wurde. Der bewaffnete Konflikt in Darfur (im Westen Sudans) geht bedauerlicherweise jedoch weiter.
- Ende 2005 gab die VN-Mission in Sierra Leone (UNAMSIL) die gesamte Verantwortung für die Sicherheit an die sierraleonische Regierung ab.





- Unter dem Druck von UNO, NATO und SFOR (*Stabilisation Force in Bosnia and Herzegovina*) wurden die beiden de facto separaten Streitkräfte auf dem Staatsgebiet Bosnien-Herzegowinas auf Zentralregierungsebene vereinigt. Dies ist ein Fortschritt bei der Friedenskonsolidierung, der über die 1999 in Dayton getroffenen Vereinbarungen hinausgeht.
- Die Gespräche über den zukünftigen Status des Kosovo haben begonnen.
- Die 2005 in Afghanistan abgehaltenen Wahlen können möglicherweise dazu beitragen, trotz der weiterhin sehr instabilen Verhältnisse bessere Voraussetzungen für eine Friedenskonsolidierung zu schaffen.

Eine wichtige Untersuchung aus dem Jahr 2005 gibt einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen bei Konflikten und im Konfliktmanagement. Danach haben sowohl die Häufigkeit von Kriegen als auch die Zahl der Todesopfer in Gefechten einen historischen Tiefstand erreicht. Hauptgrund dafür sei die größere Bereitschaft der Völkergemeinschaft, sich weltweit in Prävention, Unterbinden und Beenden von Kriegen zu engagieren.<sup>2</sup>

Die Zahl der Friedenseinsätze und anderer Maßnahmen zur Eindämmung von Kampfhandlungen, wie z.B. internationale Konfliktpräventionsdiplomatie und Sanktionen, hat deutlich zugenommen. Zwischen 1948 und 1990 gab es 42 Friedensmissionen im weiteren Sinne, die dabei helfen sollten, Frieden zu etablieren. Seither haben weitere 83 Friedenseinsätze stattgefunden.<sup>3</sup> Noch bemerkenswerter ist die Entwicklung bei den internationalen Sanktionen. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben internationale und regionale Organisationen in 46 Fällen Sanktionen verhängt, angefangen 1964 gegen Rhodesien (das heutige Simbabwe). Neben Rhodesien gab es bis 1990 aber nur fünf weitere Sanktionsfälle, alle anderen 41 Fälle fielen in die letzten 15 Jahre.<sup>4</sup> Sanktionen haben keine sonderlich gute Erfolgsbilanz bei der Eindämmung und Beendigung von Kriegen, militärische Interventionen von außen dagegen waren in den meisten Fällen mit der Beendigung der offenen Kampfhandlungen verbunden – ungeachtet der wenigen gegenteiligen Beispiele wie Afghanistan und Irak. Die internationale präventive Diplomatie, die naturgemäß

schwieriger empirisch zu erfassen ist, war offensichtlich in den vergangenen Jahren in einigen Fällen ebenfalls recht erfolgreich, so z.B. in Sri Lanka. Aber es ist klar, dass Konflikte nicht allein durch Maßnahmen dieser Art gelöst werden können. Starke Konfliktrisiken und Ursachen gewaltsamer Konflikte wie z.B. Armut bleiben davon unberührt. Andere, wie z.B. die mit Naturkatastrophen verbundenen Risiken, nehmen möglicherweise sogar zu. Der Ausbruch offener Kriegshandlungen kann aber meist durch ein größeres internationales Engagement verhindert werden und dies geschieht auch häufig. Grenzüberschreitende Streitigkeiten um Wasser sind ein gutes Beispiel, hier gelang es in einigen Fällen sogar, potenzielle Konflikte in eine Kooperation umzuwandeln.<sup>5</sup>

Die These, dass zwischen der zunehmenden Anwendung internationaler Maßnahmen – von präventiver Diplomatie bis hin zu Militäreinsätzen – und der abnehmenden Zahl von Kriegen ein enger Zusammenhang besteht, konnte also belegt werden. Die Kriege, die auch Anfang 2006 fort dauerten, stehen zwar scheinbar im Widerspruch dazu, tatsächlich aber untermauern sie diese Argumentation. Im Hinblick auf Darfur (Sudan) und die Elfenbeinküste, wo es trotz internationaler friedensschaffender Maßnahmen nicht gelungen ist, die offenen Kampfhandlungen definitiv zu beenden, diskutiert die internationale Gemeinschaft derzeit über eine Aufstockung dieser Missionen, weil dort eine stärkere Militärpräsenz erforderlich zu sein scheint. Ähnlich ist die Lage im israelisch-palästinensischen Konflikt, auch hier wird ein stärkeres internationales Engagement weithin als notwendig angesehen, um Frieden herzustellen.

### Größere Misserfolge

Der relative Erfolg, den das stärkere internationale Engagement zur Beendigung offener Konflikte seit dem Ende des Kalten Krieges hatte, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch zu einigen größeren Misserfolgen im Krisenmanagement gekommen ist:

- Einige Kriege und gewaltsame Konflikte sind nach wie vor für internationales Konfliktmanagement weitgehend Tabu. Allen voran sind hier Tschetschenien und Israel/Palästina zu nennen. Organisationen wie VN-Hauptversammlung, OSZE und Europarat haben zwar kritische Berichte verfasst, aber die dominierenden Konfliktparteien waren im Großen und Ganzen so mächtig, dass sie eine stärkere in-



ternationale Einflussnahme verhindern konnten. In anderen Fällen, wie z.B. in Nepal, besteht weiterhin nur ein geringes internationales Interesse daran, etwas zu unternehmen. Ein weiteres Beispiel ist der Grenzkonflikt zwischen Eritrea und Äthiopien, der in der zweiten Jahreshälfte 2005 wieder aufgeflammt ist. In diesem Fall ist die internationale Gemeinschaft gespalten, es gibt Unterstützung für beide Seiten. Das bedeutet, dass sie sich wahrscheinlich heraushalten wird.

- Das internationale Engagement zur Beendigung von Kampfhandlungen hat zwar teilweise dazu geführt, offene Konflikte zu beenden und die Zahl der Todesopfer im Gefecht zu reduzieren, war aber weitaus weniger erfolgreich dabei, den Tod ziviler Opfer abseits der Schlachtfelder zu verhindern. Es liegen zwar keine gesicherten Daten zur Gesamtzahl der zusätzlichen Todesfälle bei Kriegen vor,<sup>6</sup> aber in letzter Zeit wird in einigen Fällen, wie z.B. dem der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo), erkennbar, dass sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Gefechtstoten und der zivilen Kriegsoffer, die aus Mangel an Nahrung oder durch vermeidbare Krankheiten sterben, im Laufe der letzten Jahre verschoben haben könnte. Laut jüngsten Schätzungen beläuft sich die Gesamtzahl der Todesopfer in der DR Kongo seit 1998 auf 3,9 Millionen, während die Zahl der Gefechtstoten wahrscheinlich unter 200.000 liegt.<sup>7</sup> Jedenfalls kann aus den Statistiken zur Häufigkeit von Kriegen nicht gefolgert werden, dass das durch Kriege verursachte Leid ebenfalls abgenommen hätte.
- Das Geschehen im Irak seit Frühjahr 2003 belegt in augenfälliger Weise, wie ein Militäreinsatz fehlschlagen kann, wenn er von größeren Teilen der Bevölkerung als nicht legitim angesehen wird. Der Irak fällt zwar nicht in die Kategorie von Interventionen zum Zweck der Beendigung eines offenen Konflikts, aber hier wird deutlich, in welcher Form der Widerstand gegen die Besatzung hauptsächlich stattfindet – nicht in militärischen Kampfhandlungen, sondern in terroristischen Bombenanschlägen und Schießereien. Die Gegner einer überlegenen Militärmacht haben sich auch schon früher terroristischer Mittel bedient, aber durch die jüngste Intervention

im Irak hat sich die Internationalisierung des Terrorismus verstärkt: es werden in verschiedenen Teilen der Welt und von Bürgern vieler Länder Anschläge verübt. Einer der Gründe dafür könnte auch darin liegen, dass die allgemein anerkannten Grundsätze für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kämpfern in der unmittelbaren Stabilisierungsphase nach dem Ende von Feindseligkeiten im Irak nicht angewandt wurden.

- Das größte Problem liegt jedoch darin, dass internationale Interventionen allein, insbesondere wenn sie mit einem Militäreinsatz verbunden sind, dazu neigen, Konflikte lediglich „einzufrieren“, statt den nötigen Freiraum für eine Transformation zu schaffen. Mit externer Gewalt kann Frieden selten nachhaltig geschaffen werden, es muss wesentlich mehr getan werden, damit er wirklich Fuß fassen kann. Militärische Gewalt kann nur eines von vielen Elementen einer erfolgreichen Intervention zur dauerhaften Friedenssicherung sein. Dieser Tatsache wird in Lippenbekenntnissen sogar des Öfteren Rechnung getragen, in der Realität aber liegt der Schwerpunkt der meisten internationalen Interventionen sowohl personell als auch finanziell nach wie vor im Einsatz militärischer Macht. Dies soll kein Plädoyer dafür sein, internationale friedenssichernde Einsätze schwächer anzulegen, sondern vielmehr dafür, mehr Geld und mehr Gedanken in die übrigen Elemente zu investieren, die für die Friedenskonsolidierung nach einem Konflikt erforderlich sind. Einer der wichtigsten Akteure in einem nachhaltigen Friedensprozess ist die Zivilgesellschaft des jeweiligen Landes. Das bedeutet, dass lokale Akteure stärker in den Friedensprozess einbezogen werden müssen.

#### Mangelnde Ressourcen und Fehler in der Umsetzung

Aus dem Index für menschliche Entwicklung (HDI), den das VN-Entwicklungsprogramm (UNDP) in seinem Bericht zur menschlichen Entwicklung 2005 vorgelegt hat, wird der Zusammenhang zwischen bewaffneten Konflikten und Armut deutlich. In 22 der 32 Länder, die die hinteren Ränge der Index-Liste belegen, hat in den letzten 15 Jahren vor 2005 ein bewaffneter Konflikt stattgefunden (siehe dazu auch das Kapitel „Globale und regionale Trends“). Diese Erkenntnis unterstreicht die Bedeutung der Frage, wie die Prioritäten für die Maß-





nahmen und die entsprechenden Ausgaben festgelegt werden sollten. In den „Trends“ werden im Folgenden Zahlen zum Verhältnis zwischen Militär- und Sozialhaushalt sowie zu globalen und regionalen Entwicklungen bei Rüstung, Abrüstung und Konflikten veröffentlicht. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Zusammenhangs zwischen gewaltsamen Konflikten und Armut ist aber auch die Schwierigkeit, durch Friedenskonsolidierung der so genannten „Konfliktfalle“ in der Folgezeit zu entgehen.

Seit der damalige VN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali 1992 seine „Agenda für den Frieden“ vorstellte, hat das Konzept eines umfassenden Friedensaufbaus breite Akzeptanz gefunden. Die Bücher und Papiere zu der Frage, wie nach einem bewaffneten Konflikt ein dauerhafter Friede wiederhergestellt werden kann, füllen inzwischen eine kleine Bibliothek. Die Vereinten Nationen (VN) ebenso wie viele andere nationale und internationale Organisationen haben eine Vielzahl von Instrumenten eingesetzt, um Ländern nach einem Konflikt beim Friedensaufbau zu helfen. Diese Bemühungen sind jedoch nur begrenzt geglückt. Einige Langzeitproblemfälle, wie Afghanistan und Kosovo, sind weiter ungelöst. Andere Beispiele, die wie die Elfenbeinküste und Haiti zunächst erfolgreich schienen, waren es nur für kurze Zeit. Und in Ländern wie Angola und Kambodscha ist die Lage weiterhin ungewiss.

Einer der Gründe für die fehlenden Erfolge ist der allgemeine Mangel an finanzieller Hilfe, insbesondere, wenn die anfänglich große Hilfsbereitschaft der internationalen Geber nach der unmittelbaren Konfliktfolgezeit zu Ende geht. Dies muss im größeren Kontext der Bemühungen um die Realisierung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) bis 2015 gesehen werden. Eine positive Entwicklung gibt es zu verzeichnen, nämlich das Ergebnis des G8-Gipfels in Gleneagles, bei dem ein multilateraler Schuldenerlass für die ärmsten Länder vereinbart wurde. Einige Geberländer deuteten allerdings auch schon an, dass sie wegen knapper Finanzmittel Schwierigkeiten haben werden, die zugesagte Anhebung ihrer offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auch tatsächlich einzuhalten. Dies gilt auch für einige Länder der Europäischen Union (EU) – ungeachtet ihrer offiziellen Ankündigung, die ODA ab 2010 auf 0,51 Prozent und ab 2015 auf 0,7 Prozent des BIP anzuheben.

Neben dem Mangel an finanzieller Hilfe gibt es noch weitere Faktoren, die einer erfolgreichen Friedenskonsolidierung im Wege stehen. Manche Schwierigkeiten, mit denen die internationale Gemeinschaft beim Friedensaufbau nach Konflikten zu kämpfen hat, sind dabei durchaus hausgemacht. So sind z.B. die Aktivitäten der Gebergemeinschaft selten gut koordiniert, weder zwischen den verschiedenen Geberländern, noch auf nationaler Ebene. Die Geber haben Präferenzen und Eigeninteressen, die nicht immer zu einem ausgewogenen Ansatz beim Friedensaufbau führen. Der Zeitplan für die Unterstützung nach einem Krieg hängt oft weniger vom Bedarf vor Ort als von Haushaltslaufzeiten und politischen Erwägungen der Geberländer ab. Eine bessere Koordination würde Erfolge bei der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit wahrscheinlicher machen. Außerdem neigen internationale Akteure auch dazu, das Potenzial regionaler und lokaler Initiativen zu unterschätzen. Oft haben sie keinen Kontakt zu diesen Gruppen, die aktiv in den Friedensprozess einbezogen werden sollten, um nachhaltige Ergebnisse zu gewährleisten.

### Die VN-Kommission für Friedenskonsolidierung

Wie erwähnt, war die Schaffung einer Kommission für Friedenskonsolidierung einer der wenigen Reformvorschläge, die den Millennium-Plus-5-Gipfel im September 2005 in New York überdauert haben. Nach langwierigen und schwierigen Gesprächen wurden der Auftrag und die Zusammensetzung der Kommission für Friedenskonsolidierung schließlich am 20. Dezember 2005 in übereinstimmenden Resolutionen der Vollversammlung und des Sicherheitsrats festgelegt. Die Kommission ist als Unterausschuss der Vereinten Nationen konzipiert, der den Sicherheitsrat, den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), den Generalsekretär und die Mitgliedstaaten in Bezug auf Länder berät, in denen „das Risiko eines Rückfalls in einen neuen Konflikt besteht“.<sup>8</sup> Die Arbeit der Kommission wird von einem Lenkungsgremium geleitet, dem sieben vom Sicherheitsrat selbst ausgewählte Mitglieder, darunter zwingend die fünf ständigen Mitglieder, angehören. Hinzu kommen sieben ECOSOC-Mitglieder, die aus den regionalen Gruppen gewählt werden, fünf Repräsentanten derjenigen Länder, die die höchsten Beiträge für Haushalt, Fonds, Programme und Organisationen der VN leisten, sowie fünf Repräsentanten der Institutionen, die die größten Kontingente an Militärper-

sonal und Zivilpolizei für VN-Missionen bereitstellen. Darüber hinaus soll die Vollversammlung schließlich ebenfalls sieben Mitglieder auswählen, wobei Staaten, die einen erfolgreichen Wiederaufbau nach einem Konflikt hinter sich haben, besonders berücksichtigt werden sollen.

Einige Entwicklungsländer haben kritisiert, dass die mächtigen Länder, insbesondere die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, in der Kommission unverhältnismäßig großes Gewicht haben. Andere Staaten und Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben starke Bedenken geäußert, ob die Kommission überhaupt in der Lage sein wird, in umstrittenen Situationen zu handeln, da sie nur auf Konsensbasis agieren kann. Außerdem werden der Kommission für ihre zentralen Aufgaben, nämlich ineinander verzahnte Strategien zur Stabilisierung umzusetzen sowie wirtschaftliche Erholung und Entwicklung voranzubringen, nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen. Das Personal für das Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung muss von anderen VN-Büros abgezogen werden, da keine neuen Gelder bereitgestellt werden. Dennoch erklärte der Präsident der VN-Vollversammlung, der schwedische Diplomat Jan Eliasson, am 20. Dezember 2005: „Diese Resolution schafft zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen einen Mechanismus, der sicherstellt, dass für Länder, die aus einem Konflikt hervorgehen, die Konfliktfolgezeit nicht gleichbedeutend ist mit dem Ende des Engagements der internationalen Gemeinschaft.“<sup>9</sup>

### Welche Faktoren behindern die Friedenskonsolidierung?

Alles in allem mag die Kommission für Friedenskonsolidierung zwar bis zu einem gewissen Maße dazu beitragen, die friedenserhaltenden Aktivitäten der VN und anderer internationaler, regionaler und nationaler Akteure zu koordinieren. Nichtsdestotrotz ist es aber unwahrscheinlich, dass sie in der Lage sein wird, die großen Probleme in diesem Bereich wirklich zu bewältigen.

Im Folgenden werden vier der kritischen Probleme beschrieben:

- *Hohe Erwartungen.* Die internationale Gemeinschaft setzt in der Regel hohe Maßstäbe für eine erfolgreiche Friedenskonsolidierung nach einem Konflikt. Afghanistan ist ein gutes Beispiel: Das Land soll eine Demokratie werden – mit dem gesamten

Spektrum politischer und persönlicher Rechte für alle Bürger. Das ist ein großer Sprung für eine Gesellschaft, die sehr wenig Erfahrung mit Demokratie und Achtung der Menschenrechte hat und wo viele Traditionen und Verhaltensmuster konträr zu den westlichen Vorstellungen sind. Darüber hinaus hat der lange Konflikt dazu geführt, dass sich politische und wirtschaftliche Interessen verfestigt haben, die jetzt nur schwer auszuschalten sind.

- *Das Ausmaß der Intervention.* Der Grad des Engagements der internationalen Gemeinschaft in Postkonfliktsituationen variiert sehr stark – vom *light footprint*-Ansatz, also der möglichst geringen Einmischung wie in Afghanistan, bis hin zur Übernahme einer de-facto-Treuhandschaft wie im Falle Bosnien-Herzegowinas. In der Theorie erhält die erste Variante den Vorzug, aber das Fehlen geeigneter lokaler Akteure für eine Regierung führt in der Praxis oft zur letzteren Vorgehensweise. Beide haben sich aber als problematisch erwiesen. Die erste, weil sie zu Ergebnissen führen kann, die im Widerspruch zu den Absichten der internationalen Gemeinschaft stehen (wie in Haiti), und die zweite, weil sie ein lang andauerndes, eventuell sogar unbefristetes Engagement erfordert. „Lokale Eigenverantwortung“ (*local ownership*), das Wunschziel der internationalen Gebergemeinschaft, kann aber kaum entstehen, wenn die externen Akteure die Situation dominieren.
- *Sektorale Ausgewogenheit.* In den meisten Gesellschaften, die einen Krieg hinter sich haben, hat die Friedenskonsolidierung viele Facetten. Anfang der 1990er Jahre legte die internationale Gemeinschaft eine Zeit lang besonderen Wert auf den Aufbau von demokratischen Institutionen und insbesondere auf Wahlen. Seit Mitte der 1990er Jahre haben sicherheitsrelevante Fragen größere Bedeutung gewonnen, darunter z.B. auch die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kämpfern und die Reform des Sicherheitssektors. Der wirtschaftliche Wiederaufbau ist ebenfalls zentraler



Bestandteil erfolgreicher Strategien zur Friedenskonsolidierung. Aber in welcher Reihenfolge soll was getan werden und wie sollen Prioritäten festgelegt werden, wenn die verfügbaren Ressourcen begrenzt sind?

- *Das Erbe der Vergangenheit.* Ein Merkmal der „neuen“ Kriege ist ihre Brutalität. Die Konfliktparteien begehen in aller Regel Kriegsverbrechen, für den Frieden ist jedoch die Zusammenarbeit aller vormals beteiligten Akteure erforderlich. Daher muss sich die internationale Gemeinschaft oft mit Führungspersonen auseinandersetzen, mit denen sie lieber nichts zu tun hätte. In letzter Zeit sind zwar etliche Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt worden, aber viele befinden sich noch auf freiem Fuß. Bei der Frage, wer für begangene Taten bestraft werden soll und wie vergangene Ungerechtigkeiten wieder gutgemacht werden können, sind viele zusätzliche Ebenen zu berücksichtigen. In den Ende 2005 aufgenommenen Verhandlungen über den zukünftigen Status des Kosovo zeigt sich beispielhaft, welche Schwierigkeiten es gibt, wenn man das Erbe der Vergangenheit überwinden will, ohne neue Unzufriedenheit und neuen potenziellen Konfliktstoff zu schaffen.

### Wie kann man es besser machen?

Das Vorgehen der internationalen Akteure in Postkonfliktsituationen zu kritisieren ist leicht. Weitaus schwieriger ist es, im Vorfeld gute Ratschläge dafür zu entwickeln, wie man es besser macht. Das Wissen darüber, wie man Konflikte vermeidet, kontrolliert und löst, ist jedoch nach wie vor begrenzt.

Das Modell westlicher Industrieländer mit einer starken Wirtschaft, einer liberalen Gesellschaft und getrenntem politischem und administrativem System beherrscht weitgehend die Überlegungen zur Friedenskonsolidierung nach Konflikten. Für die Konflikt- und Postkonfliktforschung stellt sich die Frage, ob dieses Modell realistisch ist und den Wünschen der Menschen in Postkonfliktländern entspricht. Und wenn ja, wie kann es einer Gesellschaft gelingen, es zu verwirklichen?

Ein Beispiel für die Dilemmata ist die Sicherheitssektorreform (SSR) in Postkonfliktsituationen. Ursprünglich wurde dieses Konzept im Kontext der „guten Regierungsführung“ entwickelt, wo es sich auf die demokratische Überwachung und Kontrolle von Militär, Polizei und anderen Sicherheitsinstitutionen bezog. Heute ist es weithin akzeptiert als Bezeichnung für die Steigerung der Effizienz lokaler Kräfte. In einer neueren Publikation des *NATO Defense College* bezeichnet David Yost die Sicherheitssektorreform als die beste Rückzugsstrategie für ausländische Streitkräfte. In Bosnien-Herzegowina, Afghanistan und im Irak wurde das Vorhandensein effektiver lokaler Sicherheitskräfte als Vorbedingung für einen Rückzug definiert. Ist aber ein rascher Aufbau von Sicherheitskräften nach einem Konflikt überhaupt möglich? Und kann er in einer solchen Weise erfolgen, dass kein Widerspruch zu anderen Zielen der Friedenskonsolidierung entsteht, wie z.B. der Förderung von Demokratie und Menschenrechten? Sollten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit integrale Bestandteile des Aufbaus von Sicherheitskräften sein, auch wenn dies bedeutet, dass der Prozess sich schwieriger und langwieriger gestaltet?

Es liegt auf der Hand, dass weitere gründliche Forschung notwendig ist, um die Bedingungen und Parameter einer erfolgreichen Friedenskonsolidierung nach einem Konflikt zu bestimmen. In diese Forschungsarbeit müssen die Erkenntnisse einfließen, die in konkreten Postkonfliktsituationen gewonnen wurden. Besonderheiten in der Vorgeschichte des Konflikts, aber auch von Gesellschaften, die gerade einen Konflikt hinter sich haben, müssen berücksichtigt werden, um zu einer fundierten Analyse von Postkonfliktsituationen zu gelangen. Vergleichende Untersuchungen sind hier notwendig, um strukturelle Faktoren zu bestimmen, die für Erfolg oder Misserfolg ausschlaggebend sind. Die Forschung auf diesem Gebiet gehört zu den zentralen Tätigkeiten des BICC, insbesondere, was die Themen DDR, SSR, Sanktionen und Kleinwaffenkontrolle angeht.

## Zusammenfassung

Die internationale Gemeinschaft hat ihre Fähigkeit verbessert, direkte militärische Konfrontationen einzudämmen. Allerdings sind wir immer noch weit davon entfernt, das Ende aller Kriege zu erreichen, da es zahlreiche Fälle gibt, in denen die internationale Gemeinschaft inaktiv bleibt. Schwierig ist nach wie vor die Implementierung von Friedenseinsätzen, darunter auch solchen von regionalen Organisationen wie der Afrikanischen Union (AU). Der strategische Plan der Kommission der Afrikanischen Union und das politische Rahmenwerk für die Schaffung der afrikanischen Stand-By-Truppen und des Generalstabskomitees der AU sind wichtige Schritte zum Ausbau der Kapazitäten in der am stärksten von Konflikten betroffenen Region der Erde.<sup>10</sup>

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich das Wesen der Kriegführung verändert hat: Gewalt geschieht oftmals außerhalb des Gefechtsfelds und Todesopfer sind jetzt eher eine mittelbare Folge als eine direkte Auswirkung von Kampfhandlungen. Trotz allem wirkt das verstärkte internationale Engagement zur Beendigung von Kriegen bemerkenswert und spürbar.

Leider kann hinsichtlich der Postkonfliktsituationen keine solche Aussage gemacht werden. Die Verzahnung der zivilen und militärischen Aspekte internationaler Missionen bleibt ein großes Problem. Auch nach zehn Jahren Praxis bleibt die Friedenskonsolidierung nach einem Konflikt eine heikle Arena für die internationale Hilfstätigkeit. Die eingehenden Zusagen sind in der Regel nicht ausreichend, um den Bedarf an Unterstützung zu decken. Es ist oft nicht leicht, die erforderliche Zahl an Soldaten für eine externe militärische Intervention zusammenzubekommen. Aber es ist noch schwieriger, die erforderliche finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau nach einem Konflikt aufzutreiben. Militärische und zivile Anstrengungen stehen – wie Zusagen für militärische und zivile Ressourcen – in keinem ausgewogenen Verhältnis zueinander, wie auch die „Trends“ im Folgenden zeigen werden.

*Dr. Michael Brzoska*

Ehemaliger Forschungsdirektor des BICC, heute Direktor des IFSH (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)

*Peter J. Croll*

Direktor des BICC

- <sup>1</sup> High-level Panel on Threats, Challenges and Change. 2004. A more secure world. Our shared responsibilities. December 2004, [www.un.org/secureworld/](http://www.un.org/secureworld/) – Bericht der Hochrangigen Gruppe zu Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel: Eine sicherere Welt: Unsere gemeinsame Verantwortung. 2004. Im Internet auf Deutsch zu finden bei [www.bundesregierung.de/Anlage773460/Bericht+des+High-level+Panel+%28in+deutscher+Sprache%29.pdf](http://www.bundesregierung.de/Anlage773460/Bericht+des+High-level+Panel+%28in+deutscher+Sprache%29.pdf)
- <sup>2</sup> Human Security Center, The University of British Columbia, Canada, Human Security Report 2005. War and Peace in the 21<sup>st</sup> Century, Oxford: Oxford University Press, 2005.
- <sup>3</sup> Heldt, Birger und Peter Wallensteen, Peacekeeping Operations: Global Patterns of Intervention and Success, 1948-2004, Sandö: Folke Bernadotte Academy, 2005.
- <sup>4</sup> Zur Verhängung von Sanktionen gegen Länder oder Gebiete, errechnet anhand der BICC-Sanktionsstatistiken, siehe [www.smartsanctions.de](http://www.smartsanctions.de)
- <sup>5</sup> Siehe dazu [www.bicc.de/water/index.php](http://www.bicc.de/water/index.php)
- <sup>6</sup> Daten über den Zeitraum seit 1945 finden sich bei M. Leitenberg, Death in Wars and Conflicts, Cornell University, Peace Studies Program, Occasional Paper 29, Ithaca 2005, [www.einaudi.cornell.edu/PeaceProgram/publications/occasional\\_papers/Deaths-Wars-Conflicts.Rev-Ed.pdf](http://www.einaudi.cornell.edu/PeaceProgram/publications/occasional_papers/Deaths-Wars-Conflicts.Rev-Ed.pdf)
- <sup>7</sup> Siehe dazu Coghlan B., Brennan R.J., Ngoy P., et al. Mortality in the Democratic Republic of Congo: a nationwide survey. Lancet 2006; 367:44-51, [www.theirc.org/resources/DRCmortality0106Study.doc](http://www.theirc.org/resources/DRCmortality0106Study.doc), und Betty Lacina und Nils Petter Gleditsch, Monitoring Trends in Global Combat: A Dataset of Battle Death, European Journal of Population, Band 21, S. 145-166, [www.prio.no/page/Project\\_detail/CSCW\\_Staff\\_alpha\\_ALL/9244/45656.html](http://www.prio.no/page/Project_detail/CSCW_Staff_alpha_ALL/9244/45656.html).
- <sup>8</sup> UN-Vollversammlungs-Resolution 60/180 und UN-Sicherheitsrats-Resolution 1645; siehe dazu [www.un.org/peace/peacebuilding/docs.htm](http://www.un.org/peace/peacebuilding/docs.htm). SR-Resolution 1645 auf Deutsch: [www.un.org/depts/german/sr/sr\\_05/sr1645.pdf](http://www.un.org/depts/german/sr/sr_05/sr1645.pdf)
- <sup>9</sup> [www.un.org/News/Press/docs/2005/fa10439.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2005/fa10439.doc.htm)
- <sup>10</sup> [www.accord.org.za/ct/2005](http://www.accord.org.za/ct/2005)



# Globale und regionale Trends: Militärausgaben, Streitkräftestärke, Anzahl gewaltsamer Konflikte

Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich 2004, dem letzten Jahr, für das zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts gesicherte Daten vorlagen, auf rund eine Billion US-Dollar, was etwa 2,5 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprach<sup>1</sup>. Vergleicht man diese Zahl mit den geschätzten 825 Milliarden US-Dollar für 2001 und 950 Milliarden US-Dollar für 2003, ergibt sich über diesen Dreijahreszeitraum eine absolute Zunahme der weltweiten Militärausgaben um 18 Prozent. Auch pro Kopf gerechnet stiegen die Militärausgaben von 135 US-Dollar 2001 auf 160 US-Dollar 2004. Der Verteidigungshaushalt der Vereinigten Staaten allein macht fast die Hälfte der weltweiten Militärausgaben aus, daher ist die globale Zunahme hauptsächlich auf die beträchtliche Aufstockung des US-Wehretats nach den Anschlägen des 11. September 2001 zurückzuführen.

Zu den anderen großen Ländern, deren Militärausgaben zwischen 2001 und 2004 gestiegen sind, gehören China, Indien und Russland. In China nahmen die Verteidigungsetats in diesem Zeitraum von 26,1 Milliarden US-Dollar (2001) auf 35,4 Milliarden US-Dollar (2004) zu; in Russland von 15,7 Milliarden US-Dollar (2001) auf 19,4 Milliarden US-Dollar (2004) und in Indien von 12,357 Milliarden US-Dollar (2001) auf 15,059 Milliarden US-Dollar (2004).

Die Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) beliefen sich 2003 auf 726 Milliarden US-Dollar (2002: 671 Milliarden). Im Vergleich dazu stiegen die Ausgaben der OECD-Staaten für die Entwicklungszusammenarbeit von 58 Milliarden US-Dollar 2002 auf 69 Milliarden 2003.

Während die weltweiten Verteidigungsausgaben seit 2001 eine steigende Tendenz zeigten, war die Personalstärke der Streitkräfte rückläufig, von 20,5 Millionen Personen 2001 auf 19,9 Millionen 2004. Dies ist einerseits der verstärkten Modernisierung der Streitkräfte – also neuen Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie der Beschaffung neuer Technologie – zuzuschreiben. Andererseits liegt diese Reduzierung am Umbau veralteter und oft aufgeblähter Militärstrukturen.

Für das Jahr 2005 verzeichnet das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) 95 Konflikte – vornehmlich innerstaatlicher Natur –, die zumindest sporadisch mit dem Einsatz physischer Gewalt verbunden waren. Diese Zahl hat gegenüber dem Vorjahr, für das 87 solche Konflikte gemeldet wurden, leicht zugenom-

men. Die bei weitem zerstörerischsten Konflikte fanden 2004 und 2005 im Westen des Sudan (Darfur), im Irak und in der Demokratischen Republik Kongo statt.

## Überblick über die Weltregionen

### Nordamerika

Zwischen 2001 und 2004 stiegen die Verteidigungsausgaben der USA um fast 30 Prozent von 324 Milliarden US-Dollar auf 455 Milliarden. Der Krieg im Irak und der US-Truppeneinsatz in Afghanistan waren für je 45 Prozent dieser Zunahme verantwortlich.

Als Anteil des BIP ausgedrückt, erreichte der Etat der US-Regierung für die nationale Verteidigung 2004 eine Höhe von vier Prozent, die höchste Quote seit 1994. Rechnet man die Ausgaben des *Department of Homeland Security* (Ministerium für Heimatschutz) und des *Department of Veterans Affairs* (Ministerium für Angelegenheiten ehemaliger Streitkräfteangehöriger) hinzu, die ebenfalls eine bedeutende Rolle für die Sicherheit spielen, lagen die Gesamtausgaben der USA für die nationale Sicherheit sogar noch höher, nämlich bei 4,9 Prozent des BIP.

Der Aufwärtstrend in den US-amerikanischen Verteidigungsausgaben spiegelt sich in den Wehretats der übrigen NATO-Staaten nicht unbedingt wider. In absoluten Zahlen haben die Militärausgaben der übrigen NATO-Länder zwar leicht zugenommen, insbesondere in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten, doch als Prozentsatz des BIP gingen sie 2004 im Durchschnitt um knapp zwei Prozent zurück.

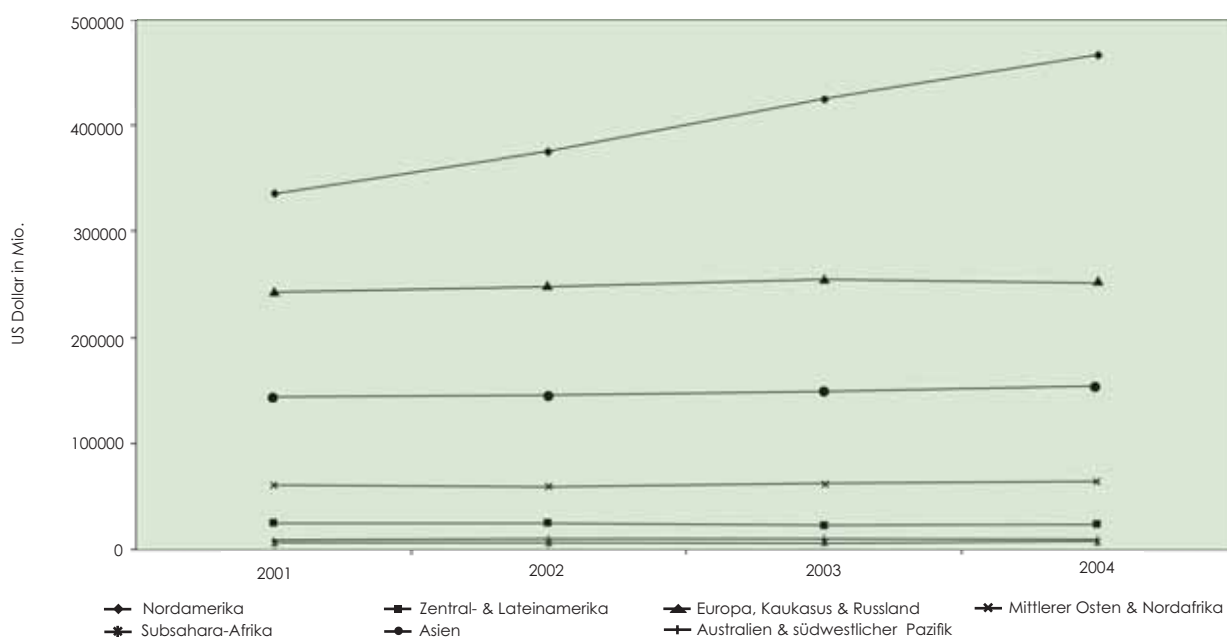
### Lateinamerika, Mittelamerika und Karibik

In dieser Region ist seit 2001 der deutlichste Rückgang in den Militärausgaben zu beobachten, in absoluten Zahlen ebenso wie als Prozentsatz des BIP. 2001 wurden 25,2 Milliarden US-Dollar für die Verteidigung ausgegeben, 2004 dagegen nur noch 23,7 Milliarden US-Dollar. Das entspricht einem durchschnittlichen BIP-Anteil von 1,2 Prozent und liegt niedriger als in jeder anderen Weltregion. Kolumbien bildet weiterhin die einzige Ausnahme in diesem Trend, was auf den anhaltenden Bürgerkrieg in diesem Land zurückzuführen ist.

Die Personalstärke des Militärs in dieser Region hat allerdings nicht in vergleichbarem Maße abgenommen. Die Zahl der Personen, die in den regulären Streitkräften



## Regionale Trends bei Militärausgaben



dienen, blieb mit rund 1,28 Millionen mehr oder weniger konstant. Dagegen gab es jedoch im Berichtszeitraum einen leichten personellen Zuwachs bei paramilitärischen und Reservisteneinheiten. Dennoch bleibt dies die Region mit der geringsten Streitkräftedichte weltweit.

Das HIIK verzeichnete 2005 in dieser Region zehn gewaltsame innerstaatliche Konflikte, doch kam es nur in den anhaltenden Auseinandersetzungen in Kolumbien und Haiti zu einem wiederholten und organisierten Einsatz von Gewalt.

## Europa, Kaukasus und Russland

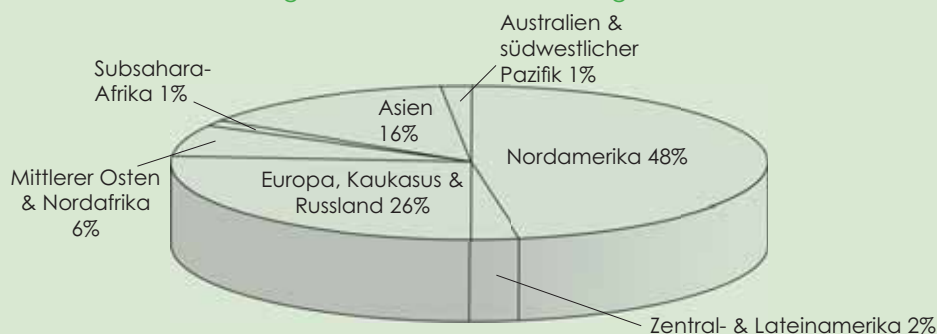
In dieser Region stiegen die Militärausgaben seit 2001 von 244 Milliarden US-Dollar auf 254 Milliarden 2004. Einer der Gründe für diesen Aufwärtstrend ist die beträchtliche Zunahme der Militärausgaben Russlands während dieses Zeitraums, die inzwischen mehr als zehn Prozent des russischen BIP ausmachen. Ähnlich hohe Wehrausgaben sind nur in den ehemals sowjetischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Weißrussland zu beobachten.

Die Personalstärke der regulären Streitkräfte in dieser Region ging im gleichen Zeitraum von 14 Millionen Personen 2001 auf 13,1 Millionen 2004 zurück. Bezieht man in diese Berechnung auch paramilitärische Truppen und Reservestreitkräfte ein, war der Abwärtstrend noch ausgeprägter.

In den EU-Staaten stiegen die Verteidigungsausgaben insgesamt von 205 Milliarden US-Dollar 2001 auf 211 Milliarden 2004, während die Personalstärke der Streitkräfte von 1,96 Millionen auf 1,77 Millionen Personen zurückging. Rückläufige Trends in beiderlei Hinsicht, also bei den Wehretats ebenso wie bei der Personalstärke, waren in Deutschland, Spanien, Ungarn und der Slowakischen Republik zu beobachten.

Die Krawalle in Paris im Oktober/November 2005 eingerechnet, stieg die Zahl der innerstaatlichen Konflikte in dieser Region von elf 2004 auf zwölf im letzten Jahr. Zu systematischer Gewaltanwendung in größerem Maßstab kam es in Tschetschenien wegen des Strebens nach Unabhängigkeit von Russland (Sezession) sowie in Teilen der Türkei im Zusammenhang mit dem Kurdenproblem. Zwischen Armenien und Aserbaidschan gab

### Verteilung der weltweiten Militärausgaben 2004



es weiterhin sporadische gewalttätige Auseinandersetzungen über das strittige Gebiet Nagorny Karabach.

#### Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

In dieser Region hat es seit 2001 keine dramatischen Veränderungen in den Verteidigungsausgaben gegeben. Die deutlichsten Steigerungen der Wehrausgaben waren in Israel, Kuwait und Syrien festzustellen. Iran und Libanon haben als einzige Staaten in ihrer Subregion die Verteidigungsetats deutlich gekürzt. Dennoch weist der Nahe Osten mit einem durchschnittlichen Anteil des Wehretats von 7,5 Prozent weiterhin die höchste BIP-Quote weltweit auf.

Im gleichen Zeitraum sank die Personalstärke der militärischen und paramilitärischen Kräfte in der Region nur geringfügig, von 3,28 Millionen auf 3,21 Millionen Mann. Mit durchschnittlich elf von jeweils tausend Personen, die in regulären oder paramilitärischen Truppen dienen, bleibt der Nahe Osten die am stärksten militariserte Subregion der Welt (bezogen auf Personalstärke). Algerien, Ägypten, Israel und Jemen sind die Länder der Region, die sowohl ihre Wehretats als auch die Personaldecke ihrer Streitkräfte aufgestockt haben.

Die Zahl und Intensität innerstaatlicher Konflikte in der Region bleibt mit sieben registrierten Konflikten gegenüber 2004 unverändert. Abgesehen vom Krieg im Irak kam es auch in Algerien, im Jemen und in Israel/Palästina weiterhin zu organisierter und systematischer Gewaltanwendung.

#### Subsahara-Afrika

Auf den südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas entfallen lediglich 0,8 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Zwischen 2001 und 2004 stiegen die Verteidigungsausgaben hier insgesamt von sieben Milliarden US-Dollar auf 8,3 Milliarden, während die Personalstärke der regulären und paramilitärischen Truppen zurückging: von 1,4 Millionen Personen 2001 auf 1,3 Millionen 2004.

Innerhalb dieser Gesamttrends in den Militärausgaben gibt es Unterschiede zwischen den Subregionen. So ist z.B. der Anstieg der Ausgaben im Osten des Kontinents und in Südafrika die Hauptursache für den Gesamtzuwachs der Militärausgaben dieser Region seit 2001. Gleichzeitig nahmen am Horn von Afrika und in Zentralafrika sowohl die Wehretats als auch die Truppenstärke ab. Im Gegensatz dazu ist Westafrika die einzige

Subregion, in der die Militärausgaben gesunken sind, die Personalstärke der regulären und der paramilitärischen Truppen dagegen zugenommen hat.

Zwischen 2004 und 2005 stieg die Gesamtzahl innerstaatlicher Konflikte in Subsahara-Afrika von 23 auf 26. Die vom HIIK zusammengestellten Konfliktkdaten zeigen jedoch, dass die Zahl der Konflikte mit wiederholtem und organisiertem Einsatz von Gewalt drastisch abgenommen hat, nämlich von 13 auf fünf. Diese werden im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo (Hema vs. Lendu sowie Rebellengruppen vs. Regierung), in Burundi und in Uganda ausgetragen.

#### Asien

Leicht abweichend von den globalen Trends gab es in Asien zwischen 2001 und 2004 ein kontinuierliches Wachstum sowohl bei den Militärausgaben als auch bei der Truppenstärke. Der Anstieg der Verteidigungsausgaben von 143,5 Milliarden US-Dollar 2001 auf 154,4 Milliarden 2004 ist hauptsächlich auf das rapide Wachstum des chinesischen Wehretats zurückzuführen, der im selben Zeitraum von 26,1 Milliarden US-Dollar auf 35,4 Milliarden anstieg. Auch Indien und Pakistan stockten ihre Verteidigungsausgaben und die Truppenstärke weiter auf, trotz der allmählichen Entschärfung der Spannungen wegen Kaschmir.

Im gleichen Zeitraum stieg die Personalstärke der regulären und der paramilitärischen Truppen von 13,1 Millionen auf 13,5 Millionen Personen. Auf subregionaler Ebene zeichnet sich in Zentralasien ein besorgniserregender Trend ab. Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan erhöhten sowohl die Verteidigungsausgaben als auch die Personalstärke ihrer Streitkräfte. Das Gleiche ist auch in Teilen Südostasiens zu beobachten, nämlich in Indonesien, Malaysia, Singapur und Vietnam. Einen deutlichen Rückgang bei Militärausgaben und Truppenstärke gab es nur in sehr wenigen Ländern, darunter Bangladesch, Sri Lanka und die Mongolei.

In Asien wurden auch die meisten gewaltsamen innerstaatlichen Konflikte weltweit ausgetragen, das HIIK registriert hier mehr als 30 gewaltsame Konflikte. Die Zahl der Auseinandersetzungen mit wiederholter und organisierter Gewaltanwendung lag 2005 bei acht, wovon die Hälfte in Indien ausgetragen wurde. Auch Nepal und Afghanistan litten im Berichtszeitraum weiterhin unter Gewalttätigkeit in größerem Ausmaß.



## Sicherheit und Entwicklung

Die Verteidigungsausgaben der 30 OECD-Staaten machten rund 80 Prozent der globalen Verteidigungsausgaben aus. 2004 belief sich der durchschnittliche Anteil der Militärausgaben am BIP auf 2,4 Prozent. Während die Wehrausgaben zunahmen, ging die Personalstärke der regulären Streitkräfte leicht zurück, von 5,07 Millionen Personen 2001 auf 4,99 Millionen 2004.

Im Gegensatz dazu gingen die Wehrausgaben der 40 am wenigsten entwickelten Länder (*Least Developed Countries – LDC*) im selben Zeitraum zurück, wobei aber der durchschnittliche Anteil am BIP weiterhin viel höher lag als bei den OECD-Staaten. Die LDC reduzierten auch die Personalstärke ihrer regulären Truppen, allerdings nur sehr geringfügig, von 1,91 Millionen Mann 2001 auf 1,89 Millionen 2004.

In den Ländern, denen das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) einen hohen Stand menschlicher Entwicklung bescheinigt, registrierte das HIIK 2004

und 2005 nur sechs interne bewaffnete Konflikte. Im Vergleich dazu gab es 2004 und 2005 in 25 der 40 LDCs gewaltsame innerstaatliche Auseinandersetzungen.

Seit 2001 der „Krieg gegen den Terror“ begonnen wurde, hat sich das Augenmerk der Entwicklungszusammenarbeit verschoben – weg von der Sicherheit der Bevölkerung, die oft unter dem Stichwort „Agenda für menschliche Sicherheit“ subsummiert wird, hin zur Sicherheit der Staaten und der Prävention von internationalem Terrorismus. Die entwicklungspolitischen Prioritäten werden offenbar insgesamt verlagert, von Maßnahmen zur Armutsminderung hin zu Strategien der Terrorismusbekämpfung. Dies manifestiert sich einerseits in der Debatte darüber, dass der Begriff offizieller Entwicklungshilfe um mehr sicherheitsbezogene Faktoren erweitert werden soll. Andererseits zeigt sich diese Tendenz auch in der Art der Entwicklungshilfe, die in Ländern wie Afghanistan, Pakistan und Irak bereitgestellt wird.

Marc von Boemcken

<sup>1</sup> Alle genannten Beträge wurden in konstanten US-Dollar auf dem Niveau von 2003 berechnet

## Anmerkungen zu den verwendeten Daten

Die Daten zu Militärausgaben und Personalstärke der Streitkräfte basieren weitgehend auf Schätzungen, die vom Stockholmer Institut zur internationalen Friedensforschung (SIPRI) und vom Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) in London veröffentlicht wurden. Das letzte Jahr, für das zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts gesicherte Daten vorlagen, war 2004. Deshalb berücksichtigen die Forschungsergebnisse mehrheitlich regionale Militärtrends für den Zeitraum von 2001 bis 2004. Insbesondere für die Entwicklungsländer basieren die verteidigungsbezogenen Daten häufig eher auf Vermutungen denn auf tatsächlichen Erkenntnissen. De facto sind bei den einzelnen Zahlen häufig beträchtliche Abweichungen festzustellen, je nachdem, aus welcher Quelle sie stammen. Hinzu kommt, dass die Angaben des SIPRI zu den Militärausgaben in konstanten US-Dollar auf der Basis eines bestimmten Jahres erfolgen, während die US-Dollar-Angaben in den Militärdaten des IISS – falls angebracht – anhand der jeweiligen Kaufkraftparität des betreffenden Landes berechnet werden. Da in der Kaufkraftparität von Jahr zu Jahr Schwankungen auftreten können, bieten die IISS-

Schätzwerte nicht unbedingt die beste Grundlage für das Verfolgen tatsächlicher Ausgabenentwicklungen über einen Zeitraum hinweg, sondern eignen sich eher zum Vergleich der Militärausgaben von zwei oder mehr Ländern in einem bestimmten Jahr.

Die Daten zu den Konflikten stützen sich auf Erhebungen des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIIK) und der Arbeitsgemeinschaft Kriegursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg. Bei der Erstellung der Konflikttrends wurden nur Konflikte mit einer Intensität der Stufe drei oder höher aus dem jährlichen HIIK-Konfliktbarometer berücksichtigt. Konflikte der Stufe drei werden vom HIIK als „Krise“ bezeichnet, auf dieser Intensitätsstufe kommt es zumindest sporadisch zur Anwendung von Gewalt. Als „schwere Krise“ bezeichnet das HIIK einen Konflikt, wenn wiederholt und in organisierter Weise Gewalt eingesetzt wird. Bei einem Konflikt, der als „Krieg“ klassifiziert wird, hat die organisierte und systematische Anwendung von Gewalt „massive Zerstörung“ zur Folge. Im Gegensatz dazu stuft die AKUF eine „schwere Krise“ als „Krieg“ ein, mit Hinweis auf fortgesetzte Gewaltanwendung als Hauptmerkmal eines Krieges, ungeachtet des Grades der verursachten Zerstörung.



# Projektberichte

# Ein Leben ohne Waffen muss trainiert werden

Das 2003 ins Leben gerufene BICC-Projekt TRESA (Training and Education on Small Arms) erstellt Weiterbildungsmaterialien zur Kleinwaffenkontrolle. Trainingseinheiten fanden z.B. in Kolumbien und dem Südsudan statt. Die Unterrichtsmodule sind weltweit einsetzbar und kostenlos über [www.tresa-online.org](http://www.tresa-online.org) verfügbar.

Esperanzas Augen werden immer größer: „Stimmt das wirklich?“ Sie kann es kaum glauben: in England und Deutschland werden private Wohnhäuser nicht von bewaffneten Sicherheitsleuten bewacht und trotzdem fühlen sich die Menschen sicher? In Kolumbien vertraut man nicht alleine auf den Schutz der Polizei. Gerade hat Esperanza während eines kurzen Rundgangs durch ein Wohnviertel der oberen Mittelklasse in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota allein sieben Wachleute gezählt, die eine Schusswaffe bei sich hatten, außerdem Wachhunde, Alarmanlagen und mit Stacheldraht bewehrte Zäune. Gemeinsam mit ihren Kollegen, die für Nichtregierungsorganisationen (NRO), soziale Einrichtungen oder Forschungsinstitute in Kolumbien arbeiten, nimmt sie an einem Trainingskurs teil, der von der kolumbianischen NRO „Fundación Gamma Idear“ und BICC veranstaltet wird. Der Kurs will die Teilnehmer dabei unterstützen, die Kleinwaffenprobleme in ihrem Land besser auszuwerten, zu dokumentieren und somit verstehen zu können. Der Rundgang war Teil einer Übung, durch die vermittelt werden soll, wie man beobachtet und das Gesehene analysiert – Datenerhebung vor der Haustür.

Der Kurs in Kolumbien, „Grundlegende Prinzipien der Kleinwaffenforschung“ wurde im Rahmen eines Projekts durchgeführt, das seit Ende 2003 am BICC besteht und vom BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) finanziert wird: TRESA (Training and Education on Small Arms) hat es sich zur Aufgabe gemacht, Materialien für Weiterbildungskurse zu erstellen sowie Kapazitäten im Bereich Klein- und Leichtwaffenkontrolle zu fördern und zu entwickeln.

Unter Kleinwaffen und leichten Waffen versteht man vor allem Schusswaffen, wie zum Beispiel Pistolen oder Gewehre, aber auch Mörser oder Granatwerfer. Da diese Waffen jedes Jahr mehrere Hunderttausend Todesopfer und Verletzte fordern, bemühen sich nicht nur zivilge-

sellschaftliche Gruppen, sondern in letzter Zeit vermehrt auch die internationale Staatengemeinschaft darum, ihre unkontrollierte Verbreitung einzuschränken. Welche Möglichkeiten es hierzu gibt, wurde erstmals 2001 im Rahmen einer Konferenz der Vereinten Nationen in New York diskutiert, an der 189 Staaten teilnahmen. Ein dort erstelltes Aktionsprogramm (*Program of Action*) soll den Staaten helfen, auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene Kleinwaffen besser zu kontrollieren. Dabei handelt es sich vor allem um Maßnahmen, die sich auf die Herstellung und den Handel mit Waffen konzentrieren. Seit der ersten New Yorker Konferenz gab es zwei weitere Staatentreffen. Im Sommer 2006 wird eine Überprüfungs-Konferenz thematisieren, welche Fortschritte weltweit im Bereich Kleinwaffenkontrolle bisher gemacht wurden, welche Probleme aufgetreten sind und wie weiter vorgegangen werden soll.

## Ziel: Neue Experten für das Kleinwaffenproblem

Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg von Kontrollmechanismen ist die Frage, wie gut diejenigen, die sie umsetzen sollen, auch dazu befähigt worden sind. Hier setzt TRESA an. TRESA entwirft Lehrmaterialien zu verschiedenen Themenbereichen der Kleinwaffenkontrolle, die für eine Reihe von Zielgruppen, wie z.B. Regierungsvertreter, Mitarbeiter von NRO oder Bürgerinitiativen, geeignet sind. So geht es z.B. um

- Forschungsmethoden zur Bestimmung des Problems,
- zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie die Arbeit mit Jugendlichen,
- die Integration ehemaliger Kombattanten,
- Methoden zur Zerstörung von Kleinwaffen oder
- internationale Abkommen und Regelungen mit dem Ziel, die Kontrolle über die Verbreitung und den Einsatz von Kleinwaffen zu verbessern.

Die einzelnen Lerneinheiten – sogenannte Module – können entweder einzeln unterrichtet oder zu mehreren Themenfeldern umfassenden Kursen zusammengestellt werden. Jedes Modul ist dabei mit didaktischen Hinweisen für den Trainer ausgestattet. So können zum einen





auch Personen, die keine Kleinwaffenexperten sind, die Module unterrichten; zum anderen können die Module aber auch in „Train the Trainer“-Kursen eingesetzt werden, wodurch ein Multiplikatoreneffekt erzielt werden soll. Alle Materialien können kostenlos von der TRESA-Website [www.tresa-online.org](http://www.tresa-online.org) heruntergeladen werden. Dies ermöglicht, dass lokale Organisationen auch an abgelegenen Orten und ohne große finanzielle und institutionelle Mittel Weiterbildungskurse zur Kleinwaffenkontrolle durchführen können.

Zum Beispiel im südsudanesischen Yei. Einschusslöcher in den Mauern vieler Häuser und die Waffen, die man immer wieder auf der Strasse sieht, erinnern daran, dass in dieser Gegend jahrzehntlang Bürgerkrieg geherrscht hat. Immer noch kann es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommen. Offiziell ist der Krieg zwischen dem Norden und dem Süden zwar beendet – aber wie wird der Frieden vorbereitet? Es sind große Herausforderungen, denen sich die Mitarbeiter mehrerer lokaler NRO gegenüber sehen. Sie nehmen an einem Kurs teil, in dem ebenfalls TRESA-Materialien eingesetzt werden: Was passiert mit den Waffen? Und was ist mit denen, die sie jahrelang im Krieg eingesetzt haben – den ehemaligen Kombattanten? Diese kehren nun zurück, gewissermaßen „arbeitslos“, häufig entwurzelt und ohne Zukunftsaussichten – ein Schicksal, das sie mit Flüchtlingen und Vertriebenen teilen. Wie aber können die, die geblieben sind, damit umgehen? Stehen sie den Rückkehrern positiv oder negativ gegenüber? Wie können die ehemaligen Kämpfer in die Gesellschaft integriert werden, ohne bestehende Strukturen zu zerstören? Gibt es ausreichend Arbeitsmöglichkeiten und in welchen Bereichen? Was kann die Gemeinde selbst leisten und wo ist Unterstützung von außen nötig? Dies herauszufinden, versuchen die Kursteilnehmer etwa an den Wasserstellen von Yei. Denn hier bietet sich die Gelegenheit, Gespräche mit den Einwohnern zu führen, die später Aufschluss über Chancen und Schwierigkeiten der Reintegration geben können.

Welchen Erfolg der Einsatz von TRESA-Materialien und die Kapazitätenbildung allgemein auf die Kleinwaffenkontrolle letztendlich haben wird, hängt davon ab, ob

und inwiefern die Teilnehmer ihre neu erlernten Fähigkeiten einsetzen können. Häufig werden ihnen das die äußeren Umstände nicht leicht machen: Menschen, die sich bedroht fühlen und deshalb jahrzehntlang bewaffnet waren oder ihre Waffe dazu benötigen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, werden nur schwer davon zu überzeugen sein, ihr Gewehr abzulegen – solange nicht dafür gesorgt ist, dass sie in Sicherheit leben können und alternative Einkommensmöglichkeiten haben. Diese Ursachen, die dem Besitz und Einsatz von Kleinwaffen häufig zugrunde liegen, sind jedoch leider noch zu wenig Bestandteil der internationalen Bemühungen zur Kleinwaffenkontrolle. Das BICC wird diesem Aspekt in seinen zukünftigen Forschungsarbeiten verstärkt Rechnung tragen.

*Julie Brethfeld*

Projekttitlel:	TRESA – Training and Education on Small Arms
Laufzeit:	1. Dezember 2003 bis 31. Mai 2006
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Koordination:	Dr. Michael Ashkenazi
Projektmitarbeiter:	Christine Beeck, Julie Brethfeld
Publikationen:	TRESA-Module, <a href="http://www.tresa-online.org">www.tresa-online.org</a>

# Rüstungsimporte, Entwicklungshilfe, Menschenrechte – Eine Datenbank schafft Transparenz

Mit seiner Datenbank auf [www.ruestungsexport.info](http://www.ruestungsexport.info) überprüft das BICC 170 Länder, in welcher Weise sie dem EU-Verhaltenskodexes für Rüstungsexporte gerecht werden. BICC liefert auch Grunddaten zu Rüstung, Militär und Sicherheit für wichtige Empfängerländer deutscher Militärgüter. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Datenbank-Projekt setzt sich zum Ziel, die Informationsbasis in der Diskussion um deutsche Rüstungsexporte zu verbessern.

Der Besuch der Datenbank auf [www.ruestungsexport.info](http://www.ruestungsexport.info) verhilft für jedes einzelne der ausgewerteten 170 alphabetisch geordneten Länder zu einem schnellen Überblick, wie kritisch die Situation jeweils ist. Gefragt wird nach sieben Kategorien, die sich an den acht Kriterien des EU-Verhaltenskodexes für Rüstungsexporte orientieren:

- VN und EU Waffenembargos
- Menschenrechte
- Good Governance (Regierungsführung)
- Innere Konflikte
- Unerlaubte Wiederausfuhr
- Verhalten in der internationalen Gemeinschaft und
- Vergleich von militärischen und nicht militärischen Kapazitäten.

„Grün“ steht für unbedenklich, „gelb“ für „eingeschränkt kritisch“ und rot für „hochproblematisch“. Einfaches Weiter Navigieren führt zu den Quellen und Daten, die zu diesen Einschätzungen geführt haben. Genutzt wurden dabei verschiedene, offen zugängliche Stellen wie Weltbank, Internationaler Währungsfond (IMF), Internationale Arbeitsorganisation (IAO), das Entwicklunghilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI).

5mal rot. Viele Warnlichter leuchten, wenn in der Datenbank das Land Somalia aufgerufen wird. Z.B. Waffenembargos? Rot, denn seit 1992 hat die VN ein Waffenembargo über den Staat Somalia verhängt. Ein Embargo der EU folgte 2002. Achtung der Menschenrechte? Rot, denn das Land am Horn von Afrika hat weniger als 5 wichtige VN-Abkommen zu Menschenrechten unterzeichnet und wird nach Freedom House<sup>1</sup> Status Klassifikation 2006 als „unfrei“ bezeichnet. Innere Konflikte? Rot, denn dort herrscht nach den Angaben von AKUF (Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung)<sup>2</sup> seit 1988 Krieg. Auch wenn 2002 Friedensverhandlungen begonnen haben und die Kampfhandlungen etwas zurückgegangen sind, gab es auch im Berichtsjahr 2004 wieder Hunderte Tote und Verletzte.

Nach den Kriterien des EU-Verhaltenskodexes für Rüstungsexporte sollten nach Somalia definitiv keine Rüstungsgüter geliefert werden.

Ein anderes problematisches Beispiel ist Angola. Auch diesen Staat bezeichnet Freedom House als „unfrei“. Unter dem Kriterium „Good governance“ (Regierungsführung) liegt Angola im roten Bereich, denn übereinstimmend schätzen z.B. Bertelsmann Transformation Index (BTI) 2006<sup>3</sup> und Government Effectiveness 2004 (World Bank)<sup>4</sup> die Demokratieentwicklung im Lande als unzureichend ein. Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes? Rot, denn das Verhältnis von Rüstungsausgaben zu Sozialausgaben steht in einem krassen Missverhältnis. Auf 10.000 Einwohner kommen 209,7 Soldaten aber nur 0,80 Ärzte. Die Militärausgaben lagen pro Kopf bei 233,79 US-Dollar, die Ausgaben für das Gesundheitswesen hingegen bei 92 US-Dollar.

## Datentransparenz als Beitrag zur Diskussion

Neben der Datenbank mit 170 alphabetisch geordneten Ländern umfasst [www.bicc.de/ruestungsexport/](http://www.bicc.de/ruestungsexport/) auch ausführliche Länderportraits zu 16 ausgewählten Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte außerhalb der NATO, die als PDF-Dokument heruntergeladen werden können. Diese Länderstudien wurden zuletzt im Frühjahr 2006 aktualisiert.



Wie viel Rüstungsimport verträgt Entwicklung? Darum geht es unter anderem im Regelwerk der Europäischen Union von 1998. Dieser Frage müssen sich die staatlichen politischen Entscheider und Gesetzgeber aber auch Nichtregierungsorganisationen (NRO) immer wieder stellen, die mit dem Spannungsfeld zwischen der Wahrung legitimer Verteidigungsbedürfnisse einerseits und Beeinträchtigung nachhaltiger Entwicklung durch Militärausgaben andererseits umzugehen haben.

Die Diskussion um Rüstungsexporte in Deutschland leidet häufig unter einem Mangel an Informationen über die Lage in den Empfängerländern. Noch relativ leicht verfügbar sind dabei Daten zur wirtschaftlichen Lage. Enger wird die Informationsbasis bei politischeren Themen wie den Menschenrechten. Daten zum militärischen Sektor schließlich sind fast nur in der Fachliteratur vorhanden.

„Die BICC-Datenbank macht solide Informationen besser verfügbar und soll eine genauer fundierte Bewertung der deutschen Rüstungsexporte erleichtern“, erläutert Projektleiter Marc von Boemcken die Recherchen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert diesen Internetdienst. Denn nicht zuletzt durch die Mitgliedschaft im Bundessicherheitsrat, der abschließend über Ausfuhrgenehmigungen entscheidet, ist das BMZ zu einem wichtigen Akteur der deutschen Rüstungsexportpolitik geworden und an einer breiteren Informationsvermittlung interessiert.

„Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression im Sinne des EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren oder zu sonstigen fortwährenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle“, heißt es in den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“<sup>5</sup>. Die BICC-Datenbank kann – gestützt auf sorgfältig ausgewertetes, umfangreiches Material – einen Beitrag leisten die Situation in einzel-

nen Ländern genauer zu beurteilen. Damit vermittelt sie nicht nur Fakten, sondern kann auch den Dialog zwischen Bundesregierung, Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen fördern und die Entscheidungsfindung im heiklen Thema „Rüstungsexport“ auf sachliche Weise unterstützen.

Susanne Heinke

Projekttitle:	Rüstungsexport-Dokumentation
Laufzeit:	Dezember 2005 bis März 2006
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Koordination:	Marc von Boemcken
Projektmitarbeit:	Natalia Krieger, Christian Kraft, Markus Kessel
	<a href="http://www.ruestungsexport.info">www.ruestungsexport.info</a>

<sup>1</sup> [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)

<sup>2</sup> [www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege\\_aktuell.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege_aktuell.htm)

<sup>3</sup> [www.bertelsmann-transformation-index.de/](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/)

<sup>4</sup> [www.worldbank.org/wbi/governance/pdf/GovMatters\\_IV\\_Appendices.pdf](http://www.worldbank.org/wbi/governance/pdf/GovMatters_IV_Appendices.pdf)

<sup>5</sup> 19. Januar 2000, [www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/politischegrundsaeetze.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/politischegrundsaeetze.pdf)

# Perspektiven für die deutsche Heeresindustrie

Die deutschen Unternehmen der Heerestechnik stehen am Anfang einer Neustrukturierung, die auf Grund der reduzierten Beschaffungsetats nicht aufzuhalten ist. Weil Arbeitsplätze und Standorte in Gefahr sind, drängt die Zeit für eine Umstrukturierung, da z.B. die US-Industrie verstärkt bemüht ist, führende europäische Hersteller aufzukaufen. Ein zweijähriges Forschungsprojekt im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung untersucht alternative Szenarien für die deutsche Heeresindustrie im Rahmen einer europäischen Neugestaltung.

Die Heeresindustrie bzw. Landsystemindustrie könnte man definieren als den Ausrüster der Truppenteile des Militärs mit Waffensystemen, Komponenten und Trägern. Folglich gehören dazu alle Unternehmen, deren Produkte notwendig sind, um einsatzfähige Landstreitkräfte zu unterhalten. Neben gepanzerten Fahrzeugen, verschiedenen Waffensystemen und Munition umfasst diese Definition aber auch Sanitätsgüter, Uniformen, IT und vieles andere.

Die geplante Umstellung der Bundeswehr auf eine hochspezialisierte, professionelle Armee für Einsätze in Übersee erfordert aber auch eine andere Bewaffnung als die bisherige auf Landesverteidigung ausgerichtete Wehrpflichtigenarmee. Da diese neue Bundeswehr in eine arbeitsteilige Kooperation mit europäischen Partnern eingebunden sein soll und deshalb nicht mehr alle Bereiche abdecken braucht, müsste die Bundesregierung zunächst die militärischen Fähigkeiten definieren, die für Deutschland von besonderem Interesse sind. Die hierfür notwendige Ausstattung sollte aber auch den Kernkompetenzen der heimischen Industrie entsprechen. Das ist auch eine Frage des Technologiestandorts Deutschland.

Letztendlich verbleiben der Bundesregierung nur wenige Handlungsoptionen, um im Rahmen einer Konsolidierung der Landsystemindustrie Kernfähigkeiten in Deutschland zu erhalten. Sollte es nicht schon bald gelingen, eine nationale wehrtechnische Industriepolitik auszuformulieren, wird sich Deutschland den Fakten ausgesetzt sehen, die andere Regierungen und konkurrierende ausländische Rüstungsunternehmen geschaffen haben.

Eines der Ziele der Studie ist deshalb neben einer Lageanalyse die Darstellung möglicher Entwicklungsszenarien im Hinblick auf die notwendige Konsolidierung der Rüstungsindustrie. Dabei stellt sich u.a. das Problem, wie das vorhandene deutsche Know-how erhalten werden kann. Bislang nimmt die hiesige Heerestechnik auf Grund ihres technologischen Vorsprunges in vielen Bereichen noch eine Spitzenstellung auf dem Weltmarkt ein. Die Zukunft dieser eher mittelständisch strukturierten Branche, wo *Dual-use* Güter eine bedeutende Rolle spielen und die auch interessante Beispiele für *Spin-offs* in den zivilen Bereich liefert, ist deshalb nicht nur aus sicherheitspolitischen und strategischen, sondern auch aus technologischen, beschäftigungspolitischen und europapolitischen Gründen von Interesse.

## Die Zukunft der deutschen Rüstungsindustrie liegt in der grenzüberschreitenden europäischen Integration

Die geplante Studie muss aber vor allem auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Bemühungen um die Schaffung eines integrierten europäischen Rüstungsmarktes gesehen werden. Die rüstungsindustrielle und -technologische Basis eines Landes hat nicht nur eine verteidigungs- und sicherheitspolitische Funktion. Sie ist auch Voraussetzung für Mitsprache und Einfluss sowohl bei der anstehenden Neustrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie und der Entwicklung strategischer Technologien, als auch bei der politischen Neugestaltung Europas, z. B. bei der Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Deutschland kann an diesen Entwicklungen nur gestaltend teilnehmen, wenn es über eigene rüstungstechnologische Fähigkeiten verfügt, die es in europäische Kooperationsprogramme einbringen kann.

Auf europäischer Seite wiederum sind gleiche ordnungspolitische Grundprinzipien und gleiche Wettbewerbsbedingungen unabdingbar für eine faire grenzüberschreitende Partnerschaft und die notwendige Integration der nationalen Rüstungsmärkte zu einem gemeinsamen Rüstungsmarkt, der nationales Prestigedenken überwindet und in erster Linie von ökonomischer Rationalität geleitet ist. Hierzu müssen einerseits die unterschiedlichen Beschaffungspolitiken und -mechanismen in Europa harmonisiert werden. Andererseits wäre auch eine gemeinsame europäische Exportpolitik



dringend notwendig. Denn die unterschiedlichen Ausführungspraktiken wirken sich nicht nur wettbewerbsverzerrend aus, sondern stehen auch in Zusammenhang mit politischen Standards etwa in Bezug auf die Menschenrechtsfrage bei Rüstungsverkäufen an Drittländer. Die Mitgliedstaaten sollten nicht länger untereinander um das nachlässigste Exportkontrollrecht konkurrieren, um sich so Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Die Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird und bei der das BICC mit dem Arbeitskreis Wehrtechnik der IG Metall und dem Europäischen Metallgewerkschaftsbund EMB kooperiert, will sowohl die aktuelle Fachliteratur auswerten, als auch vor allem Interviews mit zahlreichen Experten aus Verbänden und Gewerkschaften, aus Politik und Wirtschaft durchführen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen dazu beitragen, die Bundesregierung bei der Entwicklung einer Industriepolitik für diesen strategischen Sektor im Rahmen einer europäischen Neustrukturierung zu beraten und dabei Industrie, Forschung und Politik enger zu verzahnen.

*Dr. Hartmut Küchle*

Projekttitlel:	Perspektiven der deutschen Heeresindustrie im Rahmen alternativer Szenarien
Laufzeit:	Dezember 2004 bis April 2007
Gefördert durch:	Hans-Böckler-Stiftung; Kooperation mit AK Wehrtechnik der IG Metall und dem Europäischen Metallgewerkschaftsbund EMB
Koordination:	Dr. Hartmut Küchle
Publikationen:	s. S. 40 ff.



# Kooperation statt Konflikt – Wassermanagement im Südlichen Afrika

Wie können die unterschiedlichen Interessen von Anrainerstaaten an internationalen Gewässern berücksichtigt bzw. ausgeglichen werden? Können solche Regelungen sogar beispielhaft zur Lösung anderer Konfliktsituationen beitragen? Wie kann eine gerechte Verteilung inner- und zwischenstaatlicher Wasserressourcen erreicht werden? Mit diesen Fragen zu Konfliktpotenzialen des grenzüberschreitenden und innerstaatlichen Wassermanagements beschäftigt sich ein BICC-Projekt im Rahmen von verschiedenen Studien, Publikationen, der Teilnahme an Konferenzen und Workshops; umfassend dargestellt auf der website [www.bicc.de/water](http://www.bicc.de/water). Regionaler Schwerpunkt bildet dabei Afrika südlich der Sahara.

In jüngster Vergangenheit war es populär, die Gefahr von „Wasserkriegen“ zu beschwören. Angesichts einer sich verschärfenden globalen Wasserkrise seien gewaltsame Konflikte um die immer knapper werdende Ressource Süßwasser zu erwarten, was vor allem für die mehr als 260 grenzüberschreitenden Flüsse gelte. Zwar hat es bereits am Nil, am Euphrat oder am Ganges/Brahmaputra Drohungen gegeben. Dies aber waren dramatische Ausnahmen und von „Wasserkrieg“ konnte keine Rede sein. In Wirklichkeit existieren in den meisten internationalen Flussgebieten keine gewaltkonfliktträchtigen Streitfragen zwischen den Anrainerstaaten. Im Gegenteil, in zahlreichen Fällen wurden sogar Abkommen und Institutionen geschaffen, die die gemeinsame Nutzung des entsprechenden Flussgebietes regeln und somit einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten leisten. Geteilte Wasserressourcen bergen also nicht zwangsläufig ein Konfliktpotenzial, sondern können sogar Anreize für Kooperation schaffen.

Das gilt auch für das ansonsten so krisengeschüttelte Afrika südlich der Sahara. Die Wasserressourcen sind dort höchst ungleich verteilt und in bestimmten Regionen knapp. Doch obwohl es eine Reihe handfester Konflikte zwischen den Anrainern verschiedener internationaler Flüsse gibt, sind die Bemühungen um Kooperation weit fort geschritten. Geleitet von der Einsicht, dass im Prinzip nur ein gemeinsames integriertes grenzüberschreitendes Flussgebietsmanagement den Interessen aller Anrainer dient, hat man etwa im Rahmen der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft SADC (South African Development Commission) mit dem *SADC Water*

*Protocol* und dem *SADC Water Sector* vertragliche und institutionelle Grundlagen für die kooperative Nutzung internationaler Gewässer geschaffen. In Folge dessen wurden für eine ganze Reihe von internationalen Flüssen dieser Region sogenannte Flussgebietsorganisationen gebildet. Für den Okavango gibt es zum Beispiel die OKACOM (*Permanent Okavango River Basin Water Commission*), in der bereits seit 1994 Angola, Botswana und Namibia zusammenarbeiten. Am Orange Fluss wurde die ORASECOM (*Orange Senqu River Commission*) etabliert, in der seit 2000 Südafrika, Lesotho, Namibia und Botswana die Nutzung und Entwicklung innerhalb des Flussgebietes regeln. Die jüngste Flussgebietsorganisation ist die des Sambesi (ZAMCOM), die im Juli 2004 ins Leben gerufen wurde und in der alle acht Anrainerstaaten vertreten sind. Zwar bestehen für viele internationale Flüsse im Südlichen Afrika noch keine vertraglichen Regelungen. In anderen Fällen lässt die Umsetzung der Abkommen in die Praxis noch zu wünschen übrig und die Institutionen sind schwach oder funktionieren nur unzulänglich. Dennoch ist festzuhalten, dass das Südliche Afrika in Hinsicht auf grenzüberschreitendes Wassermanagement auf einem guten Wege ist. Zu diesem Ergebnis kommt auch die BICC-Studie *„Water Governance in Southern Africa – Cooperation and Conflict Prevention in Transboundary River Basins“* (BICC brief 33).

## Zwischenstaatliche Kooperation aber innerstaatliche Konflikte?

Während die zwischenstaatlichen Beziehungen der Anrainerstaaten also teilweise durchaus als vorbildlich zu bezeichnen sind, liegen die größten Probleme oft im innerstaatlichen Bereich. Hier kann es – auch und gerade im Gefolge zwischenstaatlicher Kooperationen wie etwa bei Großstaudämmen – zu massiven innergesellschaftlichen Konflikten kommen. Verschiedene Nutzergruppen wie beispielsweise sesshafte (Subsistenz-)Farmer, nomadisierende Pastoralisten, staatliche Hydroenergieunternehmen, private Industrie- und exportorientierte Agrarunternehmen sowie städtische Haushalte konkurrieren um knappes Wasser. Dass eine solche Konstellation gewaltsam eskalieren kann, belegen Konflikte zwischen Clans nomadisierender Pastoralisten um Wasserstellen ebenso wie „Wasseraufstände“ der armen Bevölkerung in den Slums der Großstädte, die gegen die Wasserpreise (privatisierter) Wasserversorgungsunternehmen rebelliert.



Die Macht und die politischen Einflussmöglichkeiten der verschiedenen Nutzer sind also höchst ungleich. Es ist nicht auszuschließen, dass innerstaatliche Konflikte um Wasser sogar grenzüberschreitende Auswirkungen haben können. Denn die angesprochenen zwischenstaatlichen Verträge und Kommissionen berücksichtigen die Bedürfnisse der lokalen betroffenen Bevölkerung oft nur unzulänglich. Statt dessen setzen sie die Interessen von Zentralregierungen und mächtigen privatwirtschaftlichen Akteuren auf Kosten der Mehrheit der ländlichen und städtischen Armen durch.

#### Wassermanagement und „Good governance“

Zur Prävention gewaltsamer wasserbezogener sowohl innerstaatlicher als auch grenzüberschreitender Konflikte ist es geboten, die bisher benachteiligten armen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen stärker in das Wassermanagement einzubeziehen. Die Beteiligung der Betroffenen (*stakeholder participation*) ist zwar eine mittlerweile allseits beliebte und gern gebrauchte Formel, doch die tatsächliche Umsetzung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten und Widerstände. Einen möglichen Ansatz mag der Rückgriff auf lokale traditionelle, vorstaatliche Einrichtungen sowie Methoden des Wassermanagements und der Konfliktregelung bieten. Gerade in Regionen relativ schwacher Staatlichkeit und somit nicht wirksamer öffentlicher Institutionen helfen solche traditionalistischen „informellen“ Herangehensweisen insbesondere der ländlichen Bevölkerung bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme.

Internationale Geber und staatliche Instanzen, die ausschließlich auf modernes Wassermanagement im staatlichen Kontext festgelegt sind, haben diese Dimension allerdings bisher kaum im Blick. Von ihnen wird Wassermanagement meist nur als (zwischen-)staatliche Angelegenheit verstanden. Doch das ist zur Vermeidung von Konflikten unzulänglich. Eine Verbindung von modernen staatlichen, traditionellen lokalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Institutionen hingegen kann zu neuen Lösungsansätzen und nicht ausschließlich staatszentrierten Handlungsorientierungen führen. Internationale Organisationen, Geberstaaten und internationale Nichtregierungsorganisationen (NRO) können zu diesem Wandel beitragen, indem sie Informationen bereitstellen, Wissen vermitteln und sich im Bereich der Kapazitätenbildung engagieren. Diese Überlegungen bilden auch den Hintergrund für die Forschungstätigkeit des BICC.

Ein positives Beispiel stellen die Wasserregelungen (*water governance*) im Okavango-Delta dar. Hier bilden staatliche und zwischenstaatliche Institutionen (OKA-COM), traditionelle Dorfgemeinschaften, lokale und internationale NRO sowie weitere internationale Organisationen ein dichtes Netzwerk. Dieses Zusammenwirken hat maßgeblich dazu beigetragen, dass es trotz eines erheblichen inner- und zwischenstaatlichen Konfliktpotenzials am Okavango bisher nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, sondern zu Kooperationen gekommen ist. Der Okavango zeigt: *water governance* sollte einen Ansatz verfolgen, der viele Ebenen und unterschiedliche Beteiligte berücksichtigt.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Nicht die Wasserknappheit an sich ist potentieller Anlass für Gewaltkonflikte, sondern die gesellschaftliche Organisation des Ressourcenmanagements. Der Weltwasserbericht der Vereinten Nationen konstatiert zu Recht: Die Wasserkrise ist kein vom menschlichen Handeln unabhängiges Naturphänomen, sondern eine Krise der Regularien. Notwendig ist mithin *good water governance*. Im Südlichen Afrika gibt es hierfür vielversprechende Ansätze. Sie können durch eine umfassendere Einbeziehung lokaler traditioneller und zivilgesellschaftlicher Akteure sowie die entsprechende internationale Unterstützung noch unterstützt werden.

Dr. Volker Böge

Projekttitle:	Grenzüberschreitendes Wassermanagement und Krisenprävention
Laufzeit:	seit 2003
Gefördert durch:	Eigenmittel, teilfinanziert durch BMZ, GTZ, DIE, INWENT, UNU, UNESCO-IHP, ZEF
Koordination:	Lars Wirkus
Projektmitarbeit:	Dr. Volker Böge, Marianne Alker, Anna Zimmer
Publikationen:	s. S. 40 ff.

# Demokratische Republik Kongo: Kriegswirtschaft nach Friedensschluss

Seit 2003 wurde im Rahmen eines BICC-Forschungsprojekts zu so genannten „Kriegsökonomien“ untersucht, welchen spezifischen Einfluss externe Wirtschaftsakteure auf eine Konfliktsituation haben. Diese sehr heterogene Gruppe umfasst multinationale Konzerne, (Nachbar-) Staaten, Privatpersonen, lokale Firmen usw. Eine der Leitfragen war, was eine Kriegswirtschaft ausmacht und wie sich ihre strukturellen Merkmale von denen „normaler“ Verhältnisse unterscheiden. Untersucht wurden Länder und Regionen in Subsahara-Afrika, wo es im Laufe der 1990er Jahre zu einer Vielzahl von Konflikten gekommen ist. In der einen oder anderen Hinsicht ging es bei allen diesen Konflikten um natürliche Ressourcen. Zu den untersuchten Fälle gehörten Liberia, Sierra Leone, Sudan, Angola, Somalia und die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo), auf die hier speziell eingegangen werden soll.

Der Krieg in der DR Kongo hat schätzungsweise vier Millionen Menschenleben gekostet, davon etwa 200.000 tatsächliche Kämpfer. Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Pretoria im Dezember 2002 wurde der Krieg offiziell beendet. Es wurde eine „nationale Übergangsregierung“ gebildet, bestehend aus Vertretern der vormaligen Regierung, der beiden größten Rebellengruppierten RCD (*Rassemblement Congolais pour la Démocratie* – Kongolesische Sammlung für Demokratie) und MLC (*Mouvement de Libération Congolais* – Kongolesische Befreiungsbewegung) sowie ziviler Oppositionsparteien und der Zivilgesellschaft. Aufgabe dieses Organs war es, die Phase des Übergangs zu beaufsichtigen und Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu organisieren. Die Wahlen wurden bereits zweimal verschoben, jetzt sind sie für Juni 2006 angesetzt. Im Dezember 2005 wurde endlich auch eine Verfassung angenommen.

Was diese Übergangsregierung tatsächlich geleistet hat, bleibt fragwürdig, und das Land steht vor immensen Herausforderungen. Aber zumindest hat das Friedensabkommen zum offiziellen Ende der Kämpfe geführt und die Übergangsregierung erhält weiterhin finanzielle und anderweitige Unterstützung von internationaler Seite. Als Beispiel dafür mag die Verstärkung der MONUC, der Mission der Vereinten Nationen in der DR Kongo, nach dem Friedensabkommen gelten. Dennoch ist oft zu hören, dass die Übergangsregierung selbst mindestens so sehr Teil des Problems wie seiner Lösung ist.

Der Konflikt in der DR Kongo entwickelte sich zu einem eindeutigen Ressourcenkrieg, in dem hauptsächlich um die Herrschaft über rohstoffreiche Landstriche gekämpft wurde. Die DR Kongo ist reich an Bodenschätzen, wie z.B. Gold und Diamanten, aber auch Kolumbit-Tantalit (das in der High-Tech-Industrie verwendet wird und auch unter der Bezeichnung „Coltan“ bekannt ist) sowie Cassiterit (Zinnstein). Die Ausbeutung der Minen, die Besteuerung der Minenarbeiter und die Kontrolle über die Handelsstraßen brachten Einkünfte, aus denen die weitere Kriegführung finanziert wurde. Gleichzeitig bereicherten sich aber nicht nur in beträchtlichem Maße lokale *warlords* und Teile der Elite in der DR Kongo, sondern auch in benachbarten Ländern wie z.B. Simbabwe und Namibia.

## Was „wirkt nach“ von der Kriegswirtschaft?

Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass Kriege zu Ende sind, sobald ein Friedensabkommen unterzeichnet ist. Die speziellen Vereinbarungen eines Friedensvertrags können – aus zahlreichen Gründen – neue Konflikte auslösen oder zu einer erneuten Eskalation der Gewalt führen. Selbst gut vorbereitete, klar ausgehandelte und zugeschnittene Friedensabkommen, die einen realistischen Fahrplan für die Umsetzung beinhalten, können nicht von einem Augenblick zum anderen den Kriegszustand in einen Frieden verwandeln. In vielen Fällen ist das Problem deshalb nicht so sehr ein Krieg, der beendet wird, sondern vielmehr ein Friede, von dem angenommen wird, dass er schlicht „ausbricht“. In der danach beginnenden Phase der Umgestaltung und Neuverhandlung ist ein instabiler Frieden gefährdet.

Ebenso wenig wie der Konflikt selbst „verschwindet“ auch die Kriegswirtschaft nicht von allein. Die Handelswege und Wirtschaftsnetzwerke sind tief verwurzelt und überdauern längere Zeiträume – und sie können sich leicht an „neue“ Verhältnisse anpassen. Die Grundsätze der wirtschaftlichen Ausbeutung bleiben dieselben, was bedeutet, dass eine „Kriegswirtschaft“ auch in Friedenszeiten weiter funktioniert. Schwerpunktthema der BICC-Forschung in der DR Kongo war dieser Aspekt des Fortbestehens der Kriegswirtschaft. Die Untersuchung konzentrierte sich auf die Fragen, was von der Kriegswirtschaft „nachwirkt“ und wie sich der Übergangsprozess vor Ort in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht sowie wie im Hinblick auf die alltägliche Sicherheit gestaltet.



Auch heute noch sind ehemalige Kriegseliten weiterhin einflussreich und haben sich ihren Weg hinein in das politische System gebahnt. Die wichtigsten (kongole-sischen) Akteure, die um politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einfluss in der Region konkurrieren – die Rebellen der RCD (RCD-Goma), die Mai-Mai und die ehemalige Regierung Kabila – waren alle Unterzeichner des Friedensabkommens und bekleiden Positionen in der Übergangsregierung. Während sie offiziell am Friedensprozess beteiligt sind, arbeiten alle diese Gruppen über ihre Parallelnetzwerke auch an den offiziellen staatlichen Institutionen vorbei. Auf diese Weise versuchen sie, ihre Interessen zu sichern und die während des Krieges erlangten Vorteile und Besitzstände zu verteidigen. Die Folgen sind ein politisches Patt und – aufgrund der Unfähigkeit, die politischen Parallelnetze auszuschalten – Korruption. Die Korruption zu bekämpfen würde nichts anderes bedeuten, als gegen verbriefte Interessen von Mitgliedern der Übergangsregierung vorzugehen. Daher scheint es so, als ob das militärische Patt des Krieges nur durch das politische Patt der Übergangsregierung ersetzt worden ist.

Die „illegale“ Ausbeutung der natürlichen Ressourcen geht auch heute fast im selben Maße weiter wie zu Kriegszeiten. In Konfliktgebieten ist es schwer zu definieren, was „legal“ ist und was nicht, weshalb sich das Legalitätskonzept bei der Untersuchung von Kriegsökonomien als wenig hilfreich erwiesen hat. Für den Betrieb einer Mine muss eine Lizenz von der de facto staatlichen Behörde eingeholt werden. Dennoch ist der Grad der „Legalität“ derartiger Betriebe – selbst mit Lizenz – fragwürdig. Der neue Bergbau-Kodex der DR Kongo, der die hochgradig korrupte, informelle und undurchsichtige Bergbauindustrie regulieren soll, wird – laut Auskunft von Experten – „kaum eingesetzt, [ist] unbekannt (...) und [wird] auf neue Bergbaupartner nicht in gleicher Weise angewandt.“ (*New York Times*, 29. November 2005).

Die FDLR (*Forces Démocratiques de Liberation du Rwanda* – Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas), eine der im Osten angesiedelten Milizen, waren ausgeschlossen von den Verhandlungen über die Aufteilung der Macht, die 2002 zum Abschluss des Friedensabkommens führten. Dennoch kontrollieren sie nach wie vor mehrere Bergwerke in den Kivu-Provinzen. Andere Gruppen, die im Bergbau aktiv sind oder Steuern auf Bergbauaktivitäten erheben, sind die RCD, die Mai-Mai-Milizen und andere relativ gut organisierte bewaffnete Gruppen. Auch externe Akteure sind nach wie vor beteiligt.

Bis Ende 2004 führte die Rivalität um die Macht und damit um den Zugriff auf natürliche Ressourcen im Kivu zu mehreren Fällen militärischer Konfrontation. Im Januar 2004 besetzten „Dissidentenstreitkräfte“ sogar vorübergehend die Hauptstadt des Süd-Kivu, Bukavu. Dieser Vorfall war der offenkundigste Beweis für die Existenz paralleler Befehlsstrukturen, denn die Besatzungstruppen gehörten de facto zur neu aufgestellten integrierten nationalen Armee. MONUC, die VN-Mission im Kongo, konnte den Fall der Stadt nicht verhindern.

Trotz der Tatsache, dass ihre Aktionen oft unzureichend und nicht konsequent genug oder manchmal sogar kontraproduktiv waren, hat die internationale Gemeinschaft bewiesen, dass sie eine ernst zu nehmende Kraft für Stabilität und Frieden in der DR Kongo sein kann. Die MONUC hat jetzt eine Personalstärke von 16.700 Soldaten sowie Beobachtern und hat gemäß Resolution 1493 des VN-Sicherheitsrates ein Kapitel-VII-Mandat. Auch wenn dies die derzeit größte VN-Mission im Einsatz ist, so hat sie doch ein Gebiet von der Größe Westeuropas abzudecken. Das Problem ist, dass die Stärke der MONUC für ein Gebiet dieser Größe bedauerlicherweise einfach nicht ausreichen wird.

*Willem Jaspers*

Projekttitle:	Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegs-ökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara
Laufzeit:	April 2003 bis März 2005
Gefördert durch:	Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Koordination:	Dr. Michael Brzoska
Projektleitung:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeiter:	Dr. Volker Böge, Sabrina Grosse-Kettler, Willem Jaspers, Scott Lewis, Maraike Wenzel
Publikationen:	s. S. 40 ff.



# Neue Ansätze für die zivil-militärische Zusammenarbeit bei den Vereinten Nationen?

Die Vereinten Nationen (VN) sind in einer großen Anzahl von Frieden schaffenden Missionen engagiert. Immer wieder wird kritisch die Frage gestellt, wie dabei zivile und militärische Stellen zusammenarbeiten sollen. Die Gründung einer *Peacebuilding Commission* der VN soll Maßstäbe setzen und auch im Bereich der Demobilisierung gibt es neue Ansätze. Ein vom BMZ (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördertes Projekt des BICC soll sich unter anderem mit der institutionellen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen VN-Unterorganisationen beschäftigen.

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind die Vereinten Nationen vor neue Herausforderungen im Bereich Sicherheit, Frieden und Entwicklung gestellt worden. Nachdem Evaluierungen von Missionen der 1990er Jahre diverse Versäumnisse hinsichtlich Effektivität, Effizienz, und Nachhaltigkeit offen gelegt hatten,<sup>1</sup> konnte man in den letzten Jahren einen Trend zur Weiterentwicklung des Systems der VN und ihrer Friedensmissionen ausmachen, der sowohl auf äußeren Druck, als auch durch interne Forderungen entstanden ist. Erkennbar ist eine thematische und organisatorische Annäherung von Sicherheit und Entwicklung sowie der dazugehörigen zivilen und militärischen Komponenten im Hauptquartier und den VN-Missionen vor Ort.

Wie aber ist die Wechselwirkung und Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen bzw. entwicklungspolitischen Akteuren auf allen Ebenen der Vereinten Nationen? Gibt es eine Vorherrschaft ziviler oder militärischer Stellen? Ohne Sicherheit keine Entwicklung und ohne Entwicklung keine Sicherheit – diese Aussagen werden von beiden Seiten des zivil-militärischen Spektrums immer wieder zur Stärkung der eigenen Position ins Feld geführt. Diverse Formen von zivil-militärischen Beziehungen lassen sich ausmachen; die Handlungsebenen und Beteiligten sind dabei vielfältig und oft schwer überschaubar: VN-Militär und lokale Bevölkerung, ziviles VN-Personal und Rebellen, NATO-Streitkräfte und klassische „Blauhelme“, Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Institutionen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Dazu kommt die Vielschichtigkeit der Vereinten Nationen. So müssen nicht nur militärische und zivile Komponenten koordiniert werden, sondern auch bis zu 16 Sonderorganisationen, 13 Spezialabteilungen und Programme sowie diverse Büros im Generalsekretariat – ganz zu schweigen von den komplexen Missionen

vor Ort. Interaktionsmuster, Entscheidungsprozesse und Fragen der Hierarchie sind dabei oft problematisch und für Entwicklungspolitik wie Militär von zentraler Bedeutung.

Auch wenn vor allem die zivilen Missionen der Vereinten Nationen in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit im Vordergrund standen, wird oft vergessen, dass die überwältigende Zahl der VN-Missionen sowohl hinsichtlich des Mandats als auch des Personals immer noch militärischer Art ist. Neben dem *Department of Political Affairs* (DPA), das am ehesten mit einem nationalen Außenministerium vergleichbar ist und das elf politische Missionen mit um die 1.500 zivilen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen koordiniert, existieren gleichzeitig weitere 16 militärische Missionen mit fast 65.000 Soldaten und Polizisten unter der Leitung des *Department of Peacekeeping Operations* (DPKO). Das zivile Personal in verschiedenen Funktionen in Friedensmissionen des DPKO hat mittlerweile eine Gesamtgröße von 11.000 überschritten. Dazu verstärken einzelne Institutionen wie UNDP, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) aber auch die Weltbank ihr Engagement in Bereichen, die üblicherweise vom Militär oder der Polizei abgedeckt worden sind. Dies betrifft z.B. die Reform des Sicherheitssektors (SSR) sowie die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) von ehemaligen Kombattanten.

## Von integrierten Missionen zu integrierten Demobilisierungsstandards

Der sogenannte *Brahimi Report* (BR), vorgelegt im Sommer 2000, brachte erstmalig den Begriff der *Integrated Mission Task Force* (IMTF) auf. In IMTF kommen bei den Vereinten Nationen Repräsentanten aus den Themengebieten politische Analyse, Militäreinsätze, Polizei, Wahlhilfe, Menschenrechte, Entwicklung, humanitäre Hilfe, Flüchtlinge, Öffentlichkeitsarbeit, Logistik, Finanzen und Rekrutierung zusammen. Für Afghanistan, Liberia, Haiti und auch für die VN-Mission im Sudan wurden außerdem IMTF vor Ort eingerichtet. Erste Erfahrungen mit den IMTF sind sehr gemischt ausgefallen, eine konkrete Evaluierung steht jedoch noch aus.

Ende November 2004 wurde ein weiterer Report mit politischer Brisanz vorgelegt: der „Bericht der Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel – Eine sichere Welt: Unsere Gemeinsame Verantwortung“.<sup>2</sup> Auch dieses Papier forderte die ver-





stärkte Koordinierung und Zusammenlegung von Verantwortlichkeiten innerhalb der VN: Die VN wurden beschrieben als das „[...]“ einzige Forum, in dem Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungsfragen auf globaler Ebene gemeinsam angegangen werden können.“ Als direkte Folge entstand im Dezember 2005 die Kommission für Friedenskonsolidierung (*Peacebuilding Commission*, Empfehlung 14). Auch wenn diese Kommission noch mit sehr geringen Personal- und Finanzmitteln ausgestattet ist, verheißt sie verstärkte Bemühungen um „integrierte“ Strategien und deren Umsetzungen.

Ein Bereich, in dem die Abstimmung zwischen den Institutionen sowie den zivilen und militärischen Beteiligten ebenfalls vorangetrieben wird, umfasst die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) von ehemaligen Kombattanten. Erstmals scheint eine effiziente Koordinierung sowohl im Sekretariat (mit allen entsprechenden VN-Organen und Programmen) als auch zwischen den Stellen vor Ort möglich zu sein. In Anlehnung an die Strukturen der IMTF entwickelt nämlich das Exekutivkomitee für Frieden und Sicherheit (ECPS) unter Leitung von DPKO und DPA sowie UNDP sogenannte *Integrated DDR Standards* (IDDRS). Diese Richtlinien sollen eine klare Planung, Ausgestaltung und Umsetzung der einzelnen Phasen des Demobilisierungsprozesses sowie ihre Zuordnung zu den verschiedenen Akteuren ermöglichen. In den aktuellen VN-Missionen im Sudan und Haiti (UNAMIS und MINUSTAH) wurde sogar versucht UNDP und DPKO Personal- und Finanzmittel in eine einzige *DDR Unit* zu fusionieren. Die Lücke zwischen Entwaffnungs- und Demobilisierungsaktivitäten einerseits und der wirtschaftlichen und sozialen Reintegration von Kombattanten andererseits soll so geschlossen werden. Eine enge Kooperation in diesem Bereich ergibt Sinn, allerdings muss eine eindeutig zivile Leitung solcher Missionen beibehalten werden.

Die Umorganisation der VN und ihrer Missionen sowie die Aufwertung von integrierten Missionen in Nachkriegssituationen werden auch Auswirkungen auf die internationale und nationale Entwicklungszusammenarbeit haben. Das BICC ist inhaltlich zwischen Sicherheitspolitik und Entwicklungszusammenarbeit positioniert und verfügt über langjährige Erfahrung mit Friedensmis-

sionen, insbesondere zu DDR. Es wurde vom BMZ beauftragt, im Rahmen eines Forschungsvorhabens u.a. die institutionelle Zusammenarbeit zwischen verschiedenen VN-Unterorganisationen zu beobachten. Besonderes Interesse besteht an der gemeinsamen Mandatierung und Planung sowie an den Interaktionen der einzelnen Komponenten in Feldmissionen, etwa in Sierra Leone, Haiti und Liberia.

Tobias Pietz

Projekttitle:	Forschung in ausgewählten Themenfeldern an der Schnittstelle zwischen Entwicklung und Sicherheit
Laufzeit:	Januar 2006 bis Dezember 2007
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Koordination:	Peter J. Croll / Michael Dedek

<sup>1</sup> U.a. durch die sogenannte *Eisele Assessment Mission* zu UNAMSIL in Sierra Leone sowie durch den Brahimi Report von 2000

<sup>2</sup> Grundlage ist hier die Übersetzung des Berichts, erschienen als Nr. 89 der Blauen Reihe der DGVN, Berlin 2004

# Was kommt, wenn das Militär geht? Liegenschaftskonversion in Deutschland und international

Das Ende des Kalten Krieges und der Truppenabzug der Alliierten Anfang der 1990er Jahre sowie die 2000 eingeleitete Bundeswehrstrukturreform stellten Kommunen und Bundesländer in Deutschland immer wieder vor planerische und strukturpolitische Herausforderungen. Welche Konzepte und Strategien gibt es, die Freigabe vormals militärisch genutzter Flächen sinnvoll und innovativ zu gestalten? Und – ist Liegenschaftskonversion nur ein deutsches Problemfeld? Mit diesen Themen und Fragen setzt sich das BICC seit seiner Gründung im Jahre 1994 intensiv auseinander.

Im Jahr 1990 wurde in Ost und West ein in Art und Umfang einzigartiger Abrüstungsprozess in Gang gesetzt. Dies betraf insbesondere das wiedervereinigte Deutschland, das zu diesem Zeitpunkt weltweit die höchste Militärdichte aufwies. So waren im Jahr 1990 in Deutschland 1,3 Millionen Soldaten der Bundeswehr, der Nationalen Volksarmee, der Streitkräfte der ehemaligen Sowjetunion und der verschiedenen NATO-Staaten stationiert. Im Jahr 2005 hat sich diese Zahl mittlerweile auf ungefähr 370.000 reduziert. Zwischen 1990 und 2000 wurden von ehemals 920.000 Hektar militärisch genutzter Fläche 386.000 Hektar freigegeben.

Seit seiner Gründung im Jahr 1994 hat das BICC vor allem Kommunen in Nordrhein-Westfalen intensiv im Management dieses Konversionsprozesses ehemals militärisch genutzter Liegenschaften unterstützt sowie die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen (NRW)

und Brandenburg in Fragen der zivilen Nachnutzung beraten.

Mit der im Jahr 2000 eingeleiteten Bundeswehrstrukturreform begann ein neues Kapitel der Liegenschaftskonversion. Die bis heute noch nicht abgeschlossene Umstrukturierung der Bundeswehr wird nicht nur zu einer weiteren Reduzierung der Zahl stationierter Soldaten (vgl. Abb. unten), sondern auch zu massiven Einschnitten bei den Standorten führen.

Nach Annahme des Bundeswehr-Stationierungskonzepts aus dem Jahr 2004 sollen bis 2010 weitere 105 Bundeswehrstandorte geschlossen werden, so dass sich die Zahl der Standorte von derzeit 572 auf 392 verringern wird. An 30 weiteren Standorten wird es zu erheblichen Reduzierungen von mindestens 50 Prozent oder 500 Dienstposten kommen.

Weitere Standortschließungen wird der geplante Abzug von US-Truppen aus Deutschland mit sich bringen. Von den bis heute ca. 75.000 in Deutschland stationierten Militärangehörigen sollen 30.000 einschließlich ihrer Familien zurück in die USA versetzt werden. Ein genauer Zeitrahmen für den 2004 beschlossenen Abzug ist derzeit noch nicht bekannt, wobei ein Abzug vor 2006 wohl auszuschließen ist. Generell wird in allen betroffenen Städten je nach sonstiger wirtschaftlicher Ausrichtung mit dem erheblichen Verlust von Arbeitsplätzen, Kaufkraft und Steuereinnahmen sowie mit Wohnungsleerständen gerechnet.

## Aktuelle und geplante Entwicklung der Truppenstärke der Bundeswehr von 1989-2010

	1989	1991	1994/ 95	1999	2006	2010
		Erste Reduzierung				
			Zweite Reduzierung			
				Dritte Reduzierung		
					Vierte Reduzierung	
Zeitsoldaten	270.000		211.000	200.000	200.000	195.000
Wehrdienstpflichtige	218.000		155.000	135.000	85.000	55.000
Gesamt	495.000	487.000	370.000	335.000	285.000	250.000

Quelle: Soldat und Technik, 11/2003



### Ein schwieriger Strukturwandel für Städte und Gemeinden

Vor allem Städte und Gemeinden in überwiegend ländlichen Regionen, wo die Bundeswehr in den 1950er Jahren nicht nur aus militärstrategischen Gründen, sondern auch aus strukturpolitischem Kalkül Quartier bezogen hatte, fürchten nun die Folgen der Standortreduzierungen bzw. -schließungen. Der Abzug von Soldaten und der Wegfall von zivilmilitärischen Arbeitsplätzen bringt unweigerlich massive regionalökonomische und arbeitsmarktpolitische Probleme mit sich. Eine befriedigende Lösung erscheint auf den ersten Blick kaum möglich.

Und doch gibt es ein „Leben nach der Militär“, wie die Erfahrung der ersten großen Abrüstungswelle in den 1990er Jahren gezeigt. Das „Erfolgsrezept“ lag damals in der gelungenen Standortkonversion, also der sinnvollen Umwandlung ehemals militärisch genutzter Flächen bzw. Ressourcen für zivile Zwecke. Zum Beispiel der Umbau eines ehemaligen Militärflugplatzes in einen zivilen Airport, die Nutzung von Bunkeranlagen als florierendes Logistikzentrum, die Schaffung neuen Wohnraums in früheren Unterkunftsgebäuden oder aber die erfolgreiche Ansiedlung von Gewerbetreibenden auf ehemaligen Kasernengeländen. All dies entspringt nicht nur den Wunschvorstellungen hoffnungsfroher Stadtentwickler und Wirtschaftsförderer, sondern wurde in NRW und Brandenburg vielerorts bereits zur Realität, an der auch die direkte Beratung und Unterstützung durch das BICC einen Anteil hatte.

Seither haben sich die Rahmenbedingungen deutlich verändert. Dass Fördermittel fehlen, macht die Standortkonversion für die betroffenen Kommunen sicher schwieriger. Die längeren Fristen zwischen Ankündigung und tatsächlicher Freigabe der Liegenschaft bieten hingegen die Möglichkeit zu größeren Planungsspielräumen. Der Blick ist offen geworden für Lösungen, die über die direkte Umnutzung der Fläche hinausgehen. Das BICC sieht vor diesem Hintergrund seine Aufgabe heute vor allem in der Vermittlung von innovativen Konversionsstrategien und -konzepten.

### Liegenschaftskonversion – nicht nur ein deutsches Problemfeld

Demobilisierungsprozesse und Strukturreformen des Militärapparates haben nicht nur in Deutschland zur Freigabe militärischer Liegenschaften geführt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion, durch die gemeinsame euro-

päische Verteidigungspolitik, den globalen Umbau der US Streitkräfte oder auch nach Beendigung von militärischen Konflikten kam es seit den 1990er Jahren in vielen Teilen der Welt zu Truppenreduzierungen und daraus resultierenden Schließungen von militärischen Standorten. Allein bis zum Jahr 2000 wurden weltweit über 8.000 Standorte mit einer Gesamtfläche von über einer Million Hektar aufgegeben.

Auch international war und ist das BICC aktiv. Nach der Evaluierung nationaler Konversionskonzepte, wie zum Beispiel in Südafrika, und der Beratung zum Aufbau nationaler Konversionsmanagementstrukturen, wie zum Beispiel in der Ukraine, ist das Bonner Zentrum seit kurzem auch in Konversionsprozesse auf dem Balkan involviert.

Nicht nur Westeuropa, sondern auch fast alle ehemals sozialistischen Länder Osteuropas haben in den 1990er Jahren eine tiefgehende Umstrukturierung ihres Verteidigungssektors erfahren. Wie überall führte dies zu einer Verkleinerung der Streitkräfte und zur Schließung militärischer Stützpunkte, Kasernen und Depots. Seit längerem werden auf dem westlichen Balkan erste Schritte hin zu einer umfassenden Verteidigungsreform inklusive Liegenschaftskonversion unternommen, die unter anderem in der Gründung von RACVIAC (*Regional Arms Control Verification and Implementation Assistance Centre*) mündeten. Das BICC berät und unterstützt dieses Zentrum nicht nur in Demobilisierungsfragen, sondern auch im Bereich der Liegenschaftskonversion.

### Lars Wirkus

Projekttitlel:	Liegenschaftskonversion
Laufzeit:	seit 1994
Gefördert durch:	Eigenmittel, teilfinanziert durch MWME NRW, einzelne Kommunen, RAKVIAC, NATO, Stability Pact
Koordination:	Lars Wirkus
Projektmitarbeit:	Tobias Pietz, Dr. Hartmut Kühle, Dr. Andreas Heinemann-Grüder
Publikationen:	s. S. 40 ff.

# Millenniumsziele 2015, Armutsbekämpfung und Gewaltkonflikte – Eine Fotoausstellung

Das Projekt Fotoausstellung „Millenniumsziele 2015 – Global handeln für Armutsbekämpfung, Entwicklung und Frieden“ des BICC entstand in Zusammenarbeit mit der Agentur *laif* und wurde von InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gefördert. BICC versteht die Wanderausstellung, die bereits viermal gezeigt wurde, als Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung.

Die 13jährige Schülerin wird sehr nachdenklich. Im Foyer des Wissenschaftszentrums Bonn steht sie mit ihrer Mutter vor einem Foto, das zwei Kinder zeigt. Der eine Junge hält einen Fußball, der andere ein Maschinengewehr. „Die Auswirkungen, die die Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Gruppe auf die Kinder hat, sind beträchtlich. Durch die Trennung von ihren Familien und die Grausamkeiten, die sie erleben oder selbst begehen müssen, werden viele von ihnen traumatisiert,“ liest sie auf der Texttafel neben dem Foto. Das Thema „Kindersoldaten“ lässt ihr keine Ruhe: „Da muss man was tun!“ In der Schule beginnt sie mit Klassenkameradinnen im Internet zu suchen und wird bei u.a. bei „UNICEF“ fündig.

Die Ausstellung „Millenniumsziele 2015 – Global handeln für Armutsbekämpfung, Entwicklung und Frieden“ informiert und rüttelt auf. Sie ist in Kooperation von BICC und der international renommierten Fotoagentur *laif* entstanden. Sie ist ein Mittel zur entwicklungspolitischen Bildung, gefördert von InWEnt aus Mitteln des BMZ.

## Acht Ziele zur Bekämpfung der weltweiten Armut

Die dreißig ausgewählten Bilder und Texte wollen dabei eines deutlich machen – es gibt einen alarmierenden Zusammenhang zwischen Armut, Konflikten und Kriegen, zwischen Ungerechtigkeit und Unsicherheit. Und – es gibt Alternativen, wenn die Prioritäten politisch anders gesetzt werden.

Die Ziele für das Jahr 2015, die sich die Staats- und Regierungschefs von 179 Staaten der Welt beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen (VN) im September 2000 in New York steckten, lauten:

- Halbierung des Anteil der Menschheit, der in extremer Armut lebt und Hunger leidet

- Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stellung der Frau
- Senkung der Kindersterblichkeit auf ein Drittel der jetzigen Rate
- Verbesserung der Gesundheit von Müttern
- Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und Schutz der Umwelt
- Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

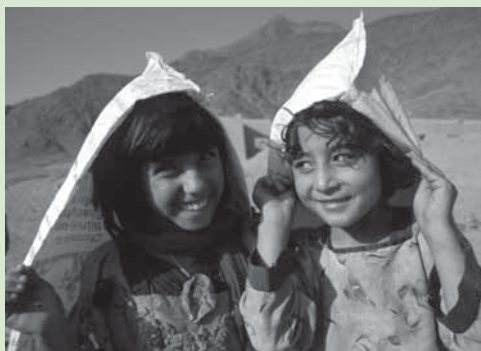
## Armut als Ursache von Gewaltkonflikten – Gewaltkonflikte als Ursache von Armut

Weltweit müssen mehr als eine Milliarde Menschen mit weniger als einem US-Dollar und mehr als zwei Milliarden mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen. Das ist etwa die Hälfte der gesamten Menschheit. Armut heißt aber nicht nur ein mangelndes materielles Einkommen, sondern auch Ausgrenzung aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben. Die Tendenz, gesellschaftliche Konflikte eher gewaltsam als friedlich auszutragen, ist deshalb in einem Klima von existentieller Not, fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten und Perspektivlosigkeit ganz besonders ausgeprägt.

Das Erreichen der Millenniumsziele wäre also nicht nur ein wichtiger Schritt zur Förderung von Frieden und Sicherheit. Die Förderung von Frieden und Sicherheit ist umgekehrt auch eine wesentliche Voraussetzung zum Erreichen der Millenniumsziele. Denn die Beziehung zwischen Armut und Krieg ist ein Teufelskreis. Extreme Armut ist in vielen Fällen eine wesentliche Ursache für Gewaltkonflikte – und eben diese Auseinandersetzungen führen das Elend, aus dem sie erwachsen sind, fort.

Etwa ein Viertel der ärmsten Länder der Welt befindet sich zur Zeit entweder im Krieg bzw. in kriegsähnlichen Zuständen oder hat noch die unmittelbaren Auswirkungen vergangener Kriege zu bewältigen. Krisenprävention und Maßnahmen zur friedlichen Konfliktbeilegung sind vor diesem Hintergrund ein unerlässliches Instrument der Beseitigung von Armut.





Auch die Konversion – die Umwandlung – militärischer Ressourcen, Strukturen und Prozesse für zivilen Nutzen kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Konversion bedeutet dann z.B. die erfolgreiche Wiedereingliederung ehemaliger Soldaten und Kämpfer in die Zivilgesellschaft, die Vernichtung von Kriegswaffen sowie die Reform und Demokratisierung des Sicherheitssektors, z.B. von Militär und Polizei.

### Fakten und Fotos als Wanderausstellung

Die Fotoausstellung „Millenniumsziele 2015“ stellt jedes einzelne Entwicklungsziel unter den Fokus, wie Konflikte beziehungsweise Sicherheit seine Erreichbarkeit beeinflussen. Bei jedem der dreißig Fotos stellt eine Texttafel diesen Zusammenhang durch Hintergrundinformationen her.

Angesprochen werden die schulische Reintegration von Kindersoldaten ebenso wie die VN-Resolution 1325, die die Gleichstellung der Geschlechter und der Stellung der Frau in allen Friedensprozessen fördern soll – etwa als afghanische Frauen erstmals ein Wahllokal betreten durften.

Kinderzeichnungen mit bewaffneten, verummten Männern, die wohl das letzte Lebenszeichen der jungen Geiseln sind, die 2004 beim Terroranschlag im russischen Beslan starben – eine Illustration dafür, wie Kinder weltweit unter Krieg und Gewalt leiden müssen.

Die Forderung nach „Verbesserung der Gesundheit von Müttern“ wird veranschaulicht durch das Foto einer jungen Mutter mit ihrem Baby in einem Auffanglager in Freetown. Die Frau war Opfer einer Vergewaltigung, wie sie auch im Konflikt in Sierra Leone als „Waffe“ angewandt wurde.

„Gemeinsam gegen AIDS“ steht auf dem bunten Plakat der kenianischen Regierung, das alle Bevölkerungsgruppen ansprechen soll. Der Text zum Bild geht auf die besondere Rolle des Militärs bei der Verbreitung von HIV/AIDS ein. Die nächsten Texte sind den gewaltsamen Konflikten um Ressourcen gewidmet – illegaler Abbau von „Blutdiamanten“ in der Demokratischen Republik Kongo.

Der Teil „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ reflektiert schließlich das Engagement von VN, Bundesregierung und Nichtregierungsorganisationen und zeigt VN-Blauhelme in Eritrea, ein Besiedlungspro-

gramm der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Dorf Bohol (Central Luzon) und „Mediziner ohne Grenzen“ in Rafah, Gaza Streifen, Palästina.

„Millenniumsziele 2015 – Global handeln für Armutsbekämpfung, Entwicklung und Frieden“ ist eine Wanderausstellung. Bisher wurde sie im Stadthaus und im Wissenschaftszentrum Bonn, im Rathaus Hannover (auf Einladung des Agenda 21-Büros) und im Staatstheater Mainz (auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz) gezeigt. Geplant ist u.a. eine Ausstellung im Rahmen der Feiern zum 60. Bestehen Nordrhein-Westfalens in Düsseldorf, als Beitrag zum „Nord-Süd-Schwerpunkt“. Doch auch für andere Anlässe stellt das BICC die Fotoausstellung seinen Partnern gern zur Verfügung. Darüber hinaus soll die Fotoausstellung als Instrument der entwicklungspolitischen Bildung in anderen Formaten, etwa im Internet und als CD-Rom, weiterentwickelt werden.

Susanne Heinke

Projekttitlel:	„Millenniumsziele 2015 – Global handeln für Armutsbekämpfung, Entwicklung und Frieden“
Laufzeit:	seit 2005
Gefördert durch:	InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
Koordination:	Susanne Heinke
Projektmitarbeit:	Janek Sliwka (Aufbau und künstlerische Beratung)
Publikationen:	Ausstellungsflyer



# Geschäftsbericht

Das BICC (Bonn International Center for Conversion – Internationales Konversionszentrum Bonn) wurde 1994 als gemeinnützige GmbH auf Initiative des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau und des Wissenschaftsministeriums gegründet. Seitdem forscht, berät und unterstützt das BICC die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen, Regierungen, Kommunen und gesellschaftliche Gruppen bei allen Fragen an der Schnittstelle zwischen Frieden, Entwicklung und Sicherheit.

## Internationales Konversionszentrum Bonn - Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH

An der Elisabethkirche 25, 53113 Bonn,  
Telefon: 0228-911 96-0, Fax: 0228-241215,  
E-Mail: [bicc@bicc.de](mailto:bicc@bicc.de), Internet: [www.bicc.de](http://www.bicc.de)  
Geschäftsführer: Peter J. Croll  
Prokurist: Michael Dedek  
Handelsregister: Bonn HRB 6717,  
Steuernummer: 5202/5783/0483  
VAT Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE811913398

## Gesellschafter des BICC:

Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf:	55%
Land Brandenburg, Potsdam:	15%
NRW.Bank, Düsseldorf:	15%
LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH, Düsseldorf:	15%

Das BICC hat einen Aufsichtsrat, der die Gesellschafter berät und die Geschäftsführung überwacht. Er besteht aus sieben Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Der Aufsichtsrat ist u.a. zuständig für die Genehmigung der jährlichen Arbeitsprogramme und Finanzplanungen.

Das BICC und insbesondere seine Geschäftsführung werden in allen wissenschaftlichen, politischen und auch akquisitorischen Fragen von einem internationalen Kuratorium beraten. Das Kuratorium macht Vorschläge zum Arbeitsprogramm, kommentiert die Publikationen des BICC und gibt inhaltliche Anregungen. Die Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung berufen.

## Schwerpunkte der Arbeit des BICC

Das BICC organisiert seine Arbeit in Projekten. Diese Vorhaben, bei denen innerhalb einer definierten Zeitspanne ein vorgegebenes Ziel erreicht werden soll, werden in drei inhaltlichen „Themensäulen“ bearbeitet. Ausführlich dargestellte Beispiele für BICC-Projekte finden Sie auf den Seiten 18 bis 33.

Die Aktivitäten zu den Themen Kleinwaffen und Rüstungsexporte bilden die Basis des Themenbereichs Waffenkontrolle und zivile Nutzung von Ressourcen. Hier ist das zur Zeit größte Projekt des BICC angesiedelt: „Entwicklung von Trainingsmaterialien und Weiterbildungskursen zur Kleinwaffenkontrolle (TRESA)“. Mit einer Förderung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) wurden komplette, die Thematik systematisch abdeckende Kursmodule entwickelt, die den Kenntnisstand zum Thema verbessern helfen und so die internationalen Bemühungen zur Kleinwaffenkontrolle unterstützen. Im Jahr 2005 wurden diese Module bereits in unterschiedlichen Regionen und Kontexten erprobt, so z. B. in Kolumbien und im Rahmen eines gemeinsam mit dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) entwickelten Trainingskurses zum Thema Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R) in Berlin. Das TRESA Projekt mündet in ein Vorhaben zur konkreten Durchführung von beispielhaften Trainingsmaßnahmen zur Kleinwaffenkontrolle im Südsudan, die im Auftrag des Auswärtigen Amtes und des kanadischen Außenministeriums in diesem Jahr stattfinden werden.

Das BICC beteiligte sich auch an der 2. Staatenkonferenz zur Überprüfung des VN-Aktionsprogramms zu Kleinwaffen 2005 und hatte in diesem Rahmen die Gelegenheit, Teile seiner Kleinwaffenausstellung bei den Vereinten Nationen sowie im Deutschen Haus in New York zu zeigen. Durch die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* für verstärkte Zusammenarbeit mit der Abrüstungsabteilung der Vereinten Nationen (UNDDA) konnte ein weiterer strategischer Partner in diesem Themenfeld gewonnen werden.

### Die Mitglieder des BICC-Aufsichtsrates

(am 31. Dezember 2005)

1. Dr. Michael Stückradt, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Staatssekretär, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
2. Michael Deitmer, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
3. Dr. Ulrich Hatzfeld, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
4. Franz Meiers, Geschäftsführer LEG Stadtentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf
5. Theo Goßner, Direktor, NRW.Bank, Düsseldorf
6. Helmut Rubin, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
7. Roland Vogt, Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam

Der Themenbereich Friedenskonsolidierung basiert u.a. auf der intensiven Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF). Im Jahr 2005 wurden Arbeiten zur Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Soldaten in Serbien, Albanien und Mazedonien zum Abschluss gebracht. Als eines der Ergebnisse wurde mit dem Brief 31, „*Demobilizing and Retraining for the Future – The Armed Forces in Serbia and Montenegro*“, eine Veröffentlichung des BICC erstmals auch in einer serbischen Fassung vorgelegt und mit gutem Erfolg im November 2005 in Belgrad präsentiert. In enger Kooperation mit DCAF wurde auch die Planung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa und der NATO für ein „*Regional Arms Control Verification and Implementation Assistance Centre*“ (RACVIAC) in Kroatien weiter vorangetrieben. Das BICC unterstützt inhaltlich und personell insbesondere dessen Arbeitsgruppe II zum Thema Liegenschaftskonversion.

2005 begann auch die Arbeit an einem mehrjährigen Forschungsprojekt, gefördert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), zur politisch-institutionellen Verregelung von ethnischen Konflikten und der Rolle des Föderalismus (Fallbeispiele: Russland, Indien, Nigeria, Spanien).

Die Arbeit des BICC im Themenbereich Konflikte konzentriert sich insbesondere auf zwei Probleme, die im internationalen Kontext zunehmend an Bedeutung gewinnen: Kooperation und Konflikte um natürliche Ressourcen, insbesondere Wasser, sowie die steigende Bedeutung (privat)wirtschaftlicher Akteure in Konflikten. In Projekten wurde insbesondere zu Fragestellungen der transnationalen Kooperationen in grenzüberschreitenden Flusssystemen gearbeitet. Ein Projektergebnis bildete eine im Auftrag des BMZ / DIE (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) erstellte Studie zu Stand und Erfahrungen im grenzüberschreitenden Wassermanagement in Afrika, die als DIE Discussion paper 7/2005 veröffentlicht wurde.

Mit der Veröffentlichung des BICC-Brief 32 „*Who's Minding the Store? – The Business of Private, Public and Civil Actors in Zones of Conflict*“ wurde ein mehrjähriges, von der DSF gefördertes Projekt abgeschlossen. Das Projekt war der Beobachtung nachgegangen, dass in den internen Gewaltkonflikten des Südens der privatwirtschaftliche Sektor insbesondere bei Zugang und Ausbeutung von natürlichen Ressourcen eine zunehmend wichtige

### Das Internationale Kuratorium des BICC

(am 31. Dezember 2005)

1. Dr. Sverre Lodgaard (Norwegen), Vorsitzender des Internationalen Kuratoriums, Direktor des Norwegian Institute of International Affairs (NUPI)
2. Anke Brunn (Deutschland), Ministerin a.D. und Mitglied des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen
3. Jayantha Dhanapala (Sri Lanka), Untergeneralsekretär a.D., United Nations Department for Disarmament Affairs (UNDDA)
4. Dr. Uschi Eid (Deutschland), Staatssekretärin a.D. und Mitglied des Deutschen Bundestages
5. Dr. Patrick Hardouin (Belgien), Stellv. Beigeordneter Generalsekretär, Regional, Economic and Security Affairs, NATO
6. Jutta Haug (Deutschland), Mitglied des Europäischen Parlamentes
7. Reinhart Helmke (Deutschland), Direktor a.D., United Nations Office for Project Services (UNOPS)
8. Hartmut Krebs (Deutschland), Staatssekretär a.D. des Landes Nordrhein-Westfalen



Rolle spielt. Die im Februar 2006 vorgelegte Publikation erläutert diesen Zusammenhang und stellt Ansätze vor, wie Gewaltpotenzial abgebaut und gleichzeitig die Privatwirtschaft für Friedensbildung in die Pflicht genommen werden können.

Zu den wichtigsten themenübergreifenden Vorhaben gehörte 2005 der zehnte „Conversion Survey“, der nun durch diesen Jahresbericht abgelöst wird. Der letztjährige Survey, der der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele gewidmet war, fand großes Interesse in der deutschen Presse. Auch das „Friedensgutachten“, zu dessen Herausgebern das BICC gehört und das sich 2005 auf die Frage der Eskalation und Deeskalation von Konflikten konzentrierte, fand reges Interesse, unter anderem bei diversen Ausschüssen des Deutschen Bundestages.

Das BICC betreibt eine aktive Pressearbeit, führt Informationsveranstaltungen durch und beteiligt sich an gemeinsamen Öffentlichkeitsaktivitäten mit Partnern. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Stadt Bonn und die hier ansässigen VN-Organisationen ein.

BICC betreibt zwei Ausstellungsprojekte. Die Infoausstellung „Kleinwaffen – Eine weltweite Bedrohung“ ist in Deutsch, Englisch, Spanisch und demnächst auch Französisch weltweit für andere NRO (Nichtregierungsorganisationen) verfügbar und wurde bereits in zahlreichen deutschen Städten (darunter Bonn, Berlin und Dresden) sowie in New York (s.o.) und Kolumbien gezeigt.

„Millenniumsziele 2015 – Global handeln für Armutsbekämpfung, Entwicklung und Frieden“ ist eine Fotoausstellung in Zusammenarbeit mit der internationalen Agentur *laif*. Sie wurde gefördert von InWEnt aus Mitteln des BMZ. Bildlich wie textlich dokumentiert sie anhand der acht Millenniumsziele die Verknüpfung von Armut, sozialer Ungerechtigkeit sowie Konflikten und Konfliktprävention. Auch diese Ausstellung kann als Mittel zur politischen Bildung eingesetzt werden und wurde bereits in einigen deutschen Städten präsentiert (Bonn, Hannover, Mainz).

Um seine vielfältigen und anspruchsvollen Arbeiten in den Bereichen Forschung, Beratung und Training zu leisten, vertraut das BICC auf eine internationale Belegschaft. Am 31. Dezember 2005 beschäftigte das BICC

16 vollzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen (davon elf im inhaltlichen Bereich), sieben teilzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen (davon eine im inhaltlichen Bereich) sowie sieben studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte und drei geringfügig beschäftigte Hilfskräfte.

Das Konversionszentrum bietet Praktikanten die Möglichkeit zur Mitarbeit in einem international tätigen Zentrum. Die inhaltliche Arbeit in den Projekten profitiert sehr häufig davon. Zwischen Januar 2005 und März 2006 waren 24 Praktikanten aus 13 Ländern am BICC tätig.

### Wirtschaftliche Entwicklung

Die Finanzen der GmbH basieren auf zwei Säulen: Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstützt das Konversionszentrum als Hauptgesellschafter mit einer Grundfinanzierung. Diese ermöglicht es im Rahmen des sog. Drittgeschäftes, Aufträge und Förderungen anderer Geldgeber zu akquirieren. Die Aufgaben, die mit diesen Mitteln verbunden sind, reichen von Forschung über Beratung bis hin zu sonstigen Dienstleistungen. Das BICC ist stetig bemüht, das Volumen dieses Drittgeschäftes zu steigern. Im Jahr 2004 konnte das BICC trotz einer Kürzung der Finanzmittel des Landes NRW in derselben Höhe Gelder von außen akquirieren, wie es Unterstützung vom Land NRW bekam. Für eine Forschungs- und Beratungseinrichtung im sozialwissenschaftlichen und politiknahen Bereich ist dies eine beachtliche Quote.

Die finanzielle Situation wurde auch für das BICC im Jahr 2005 schwieriger. Bedingt durch die erneute signifikante Kürzung der Hauptzuwendung des Landes NRW konnte das BICC nicht in gleichem Maße wie bisher Mittel akquirieren. Verstärkt wurde dieser Umstand dadurch, dass auch im Bereich der Drittmittel, insbesondere, wenn sie von öffentlichen Institutionen und Stiftungen kommen sollen, die Einwerbung deutlich schwieriger geworden ist.

Entsprechend seiner breiten Themenpalette sind auch die Mittelgeber des BICC recht unterschiedlich. Zu diesem Kreis zählt die Europäische Union ebenso wie das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) oder Stiftungen, Unternehmen und andere Körperschaften.

*Michael Dedek*

## Die wichtigsten Projekte 2005/2006 im Überblick

Waffenkontrolle und zivile Nutzung von Ressourcen		Auswahl Produkte/ weitere Informationen
Entwicklung von Trainingsmaterialien und Weiterbildungskursen zur Kleinwaffenkontrolle (TRESA)	Dez. 2003 – Mai 2006	<a href="http://www.tresa-online.org">www.tresa-online.org</a>
Training Kleinwaffenkontrolle im Süd-Sudan in Kooperation mit dem Africa Peace Forum (APFO)	seit Dez. 2005	Trainingsmaßnahmen in der Region Süd-Sudan
Beratung im Themenfeld Kleinwaffen	seit Jan. 2003	Z.B. Studie zu Kleinwaffenaktivitäten auf dem Balkan im Auftrag von UNIDIR (United Nations Institute for Disarmament Research)
Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte	seit Mai 2002	Datenbank, Länderberichte <a href="http://www.ruestungsexport.info">www.ruestungsexport.info</a>
Evaluierung der Effizienz von Waffenembargos	Jan. 2002 – Dez. 2005	Buchpublikation vorgesehen
Perspektiven der deutschen Heeresindustrie im Rahmen alternativer Szenarien	Dez. 2004 – April 2007	Forschungsbericht, Buchpublikation geplant
Die Privatisierung von Sicherheit – Zur Rolle privater Militärunternehmen	seit März 2005	Website mit Diskussionsforum: <a href="http://www.bicc.de/pmc/portal.php">www.bicc.de/pmc/portal.php</a>
Liegenschaftskonversion – Umnutzung von Kasernen, Übungsplätzen etc. im nationalen und internationalen Kontext	seit 1994	Z.B. aktive Teilnahme an der „Bürgermeisterkonferenz“ des Verteidigungsministeriums im April 2005
Überschüssige Kleinwaffen und Munition in der Ukraine	Juli 2004 – März 2005	BICC paper 41: <i>Aging Stocks of Ammunition and SALW in Ukraine: Risks and Challenges</i>
Friedenskonsolidierung		
Demobilisierungserfahrungen in Osteuropa, Kooperationsprojekt DCAF	seit März 2002	Z.B. BICC brief 31: <i>Demobilizing and Retraining for the Future. The Armed Forces in Serbia and Montenegro</i>
Ethnischer Föderalismus – Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelungen	seit März 2005	Forschungsprojekt, Buchveröffentlichung vorgesehen

Forschungs- und Innovationspolitik der EU und die Zukunft der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik	Jan. 2005 – Dez. 2005	Beratung im Rahmen einer Initiative von ISIS Europe: <a href="http://www.isis-europe.org">www.isis-europe.org</a>
Demobilisierung von Kindersoldaten in Afghanistan	Mai 2004 – Juni 2005	BICC paper 42: <i>Demobilizing and Reintegrating Afghanistan's Young Soldiers</i>

### Konflikte

Externe wirtschaftliche Akteure in Bürgerkriegs-ökonomien, Afrika südlich der Sahara	Mai 2003 – Dez. 2005	Z.B. BICC brief 32: <i>Who's Minding the Store? The Business of Private, Public and Civil Actors in Zones of Conflict</i>
Grenzübergreifende Gewässer und Krisenprävention	seit Dez. 2003	<a href="http://www.bicc.de/water/">www.bicc.de/water/</a>
Beratung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Bereich Krisenprävention Westafrika	Dez. 2004 – Jan. 2006	Beratungsleistung, interne Studie
Möglichkeiten der deutschen Entwicklungspolitik in Simbabwe	Feb. 2005 – Dez. 2005	Interne Studie für das BMZ

### Themenübergreifende Projekte

Forschung für das BMZ in ausgewählten Themenfeldern an der Schnittstelle zwischen Entwicklung und Sicherheit	seit Jan. 2006	Forschungsbasierte inhaltliche Unterstützung des BMZ
Beteiligung des BICC am jährlichen Friedensgutachten	seit 1999	Buchveröffentlichung, siehe <a href="http://www.bicc.de/friedensgutachten">www.bicc.de/friedensgutachten</a>
Beteiligung am Master Studiengang zur Friedens- und Konfliktforschung der Fernuniversität Hagen	seit 2003	Erstellung eines Studienbriefs: Konversion und Konflikttransformation
Beteiligung am Postgraduierten-Studiengang Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Federführung: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)	seit Okt. 2002	<a href="http://www.ifsh.de/IFSH/studium/mps_info.htm">www.ifsh.de/IFSH/studium/mps_info.htm</a>
Fotoausstellung „Millenniumsziele 2015 – Global handeln für Armutsbekämpfung, Entwicklung und Frieden“	seit Mai 2005	Ausstellungen in Bonn, Hannover und Mainz
Sicherheit in Zypern - Bedrohungswahrnehmung, mögliche Lösungen und die Rolle der EU	Jan. 2004 – Okt. 2005	BICC paper 44: <i>Security in Cyprus: Threat Perceptions, Possible Compromises and the Role of the EU</i>



### Jahresabschluss 2004

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat in seiner Sitzung vom 10. Mai 2005 gem. § 16 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages den Jahresabschluss der BICC GmbH, Geschäftsjahr 2004, geprüft und der Gesellschafterversammlung der BICC GmbH die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung der Geschäftsführung empfohlen.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung vom 10. Juni 2005 den Jahresabschluss 2004 in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dr. Krause & Partner, Bonn, erstellten und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Bonn, testierten Fassung vom 18. März 2005 festgestellt.

Nach Beschluss der Gesellschafterversammlung wird der Jahresfehlbetrag mit dem Gewinnvortrag verrechnet und der Bilanzgewinn auf das Gewinnvortragskonto auf neue Rechnung für satzungsgemäße Zwecke der Gesellschaft vorgetragen.

Der Jahresabschluss ist mit dem Prüfungsvermerk beim Amtsgericht Bonn, HRB 6717, hinterlegt.

#### Prüfungsvermerk

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter der Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Bonn, den 01. September 2005

Geschäftsführer  
Peter J. Croll

### Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) für den Zeitraum 01. Januar bis 31. Dezember 2004

	Ist 2004	Ist 2003
1. Umsatzerlöse		
a) Hauptzuwendung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW	1.220.000	1.356.400
b) Projekteinnahmen aus abgeschlossenen Projekten	1.416.445	1.735.125
c) Kostenerstattungen und sonstige Einnahmen	24.209	16.705
	2.660.654	3.108.230
2. Bestandsveränderung bei unfertigen Projekten (HfA)	-155.547	-771.490
3. Sonstige betriebliche Erträge	44.175	66.623
4. Materialaufwand in Projekten	-471.329	-356.546
5. Personalaufwand	-1.690.424	-1.580.295
6. Abschreibungen	-37.373	-60.001
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen (Raumkosten etc.)	-388.189	-412.962
8. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	5.681	9.793
9. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-354	-52
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-39
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-32.705	3.261
<b>Überschuss/ Fehlbetrag</b>	<b>-32.705</b>	<b>3.261</b>

# Publikationsliste (Januar 2005 bis April 2006)

**Conversion Survey 2005:** *Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

## Briefs

**brief 31:**  
Tobias Pietz with Marc Remillard, *Demobilizing and Retraining for the Future: The Armed Forces in Serbia and Montenegro*, July 2005

**brief 31** (serbische Version):  
*Demobilizacija i prekvalfikacija za buducnost Vojska Srbije i Crne Gore*

**brief 32:**  
Volker Böge, Christopher Fitzpatrick, Willem Jaspers, Wolf-Christian Paes, *Who's Minding the Store. The Business of Private, Public and Civil Actors in Zones of Conflict*, March 2006

**brief 33:**  
Volker Böge, *Water Governance in Southern Africa – Cooperation and Conflict Prevention in Transboundary River Basins*, May 2006 (upcoming)

## Papers

**paper 40:**  
Eugene Kogan, *European Union (EU) enlargement and its consequences for Europe's defence industries and markets*, January 2005

**paper 41:**  
Leonid Polyakov, *Aging Stocks of Ammunition and SALW in Ukraine: Risks and Challenges*, February 2005

**paper 42:**  
Vera Chrobok, *Demobilizing and reintegrating Afghanistan's young soldiers, A review and assessment of program planning and implementation*, May 2005

**paper 43:**  
Markus Koth, *To End a War: Demobilization and Reintegration of Paramilitaries in Colombia*, July 2005

**paper 44:**  
Jerry Sommer, *Security in Cyprus: Threat Perceptions, Possible Compromises and the Role of the EU*, September 2005.

**paper 45:**  
Joachim Kreutz, *Hard measures by a Soft Power? Sanctions Policy of the European Union 1981–2004*, January 2006

**paper 46:**  
Lars Wirkus (ed.), *Water, Development and Cooperation-Comparative Perspective: Euphrates-Tigris and Southern Africa*, March 2006

**paper 47:**  
Munir Ladaa, *Transboundary Issues on the Caspian Sea. Opportunities for Cooperation*, January 2006

**paper 48:**  
Bimal N. Patel, *Costs and Benefits of the Chemical Weapons Disarmament*, April 2006

**paper 49:**  
Stefan Wieschollek, *Konversion: Ein totgeborenes Kind in Wünsdorf- Waldstadt? Probleme der Umnutzung des ehemaligen Hauptquartiers der Westgruppe der Truppen zur zivilen Kleinstadt*, April 2006

## Bulletins

**BICC bulletin, No. 34, January 2005**  
Feature: The UN Charter and its limitations in the face of aggression, Dr Hans Blix

**BICC bulletin, No. 35, April 2005**  
Feature: A Call for Tighter Policing Tools for Biological Weapons, Amy E. Smithson

**BICC bulletin, No. 36, July 2005**  
Feature: 60 years after the end of the war– 60 years United Nations, Dr Christoph Zöpel

**BICC bulletin, No. 37, November 2005**  
Feature: Security and the Millennium Development Goals, Guido Schmidt-Traub and Prateek Tandon

**BICC bulletin, No. 38, January / February 2006**  
Feature: Is there a necessity for new definitions of war? Dr Michael Brzoska

**BICC/DCAF Schriften zu Sicherheitssektor und Konversion – BICC/DCAF Security Sector Governance and Conversion Studies**

**Bd. 10:** Wilhelm N. Germann/Andrzej Karkoszka (eds.), *Security Sector Reform in Central and Eastern Europe. Difficult Paths Towards Success*, 2005, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

**Bd. 11:** Herbert Wulf, *Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden*, 2005, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.  
English Version: Herbert Wulf, *Internationalizing and Privatizing War and Peace: The Bumpy Ride to Peace Building*, 2005. Palgrave, Houndmills, Basingstoke, Hampshire

### Weitere Veröffentlichungen

**Ashkenazi, Michael:** DD et RR au Sud Soudan – Dans: Conoir, Ivan; Verna, Gérard, éd.: DDR – Défis humains – Enjeux globaux, Québec. Presses de l'Université Laval, 2006

**Böge, Volker:** Australien Durchmarsch der Konservativen? In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Bonn), 50 (September 2005) 9, p. 1052-1055

**Böge, Volker:** A glass half full or half empty? Water, conflict and cooperation in southern Africa. In: Resource politics in sub-Saharan Africa / Matthias Basedau ... (eds.). Institut für Afrika-Kunde. - Hamburg: IAK, 2005. - (Hamburg African Studies; 14), p. 273-304

**Böge, Volker:** Summary and Conclusion. In: Australia's new foreign policy in the Pacific region conference report of the German Pacific Network 26th-27th November 2004, University of Hamburg / Seib, Roland (Hrsg.). / Pazifik-Informationsstelle (Neuendettelsau) - Neuendettelsau, April 2005, p. 44-45 (Dossier / Pazifik-Informationsstelle; Nr. 70)

**Böge, Volker; Spelten, Angelika:** The challenge of war economies: the role of the international community and civil society organisations. In: Transforming war economies : dilemmas and strategies / ed. by Martina Fischer ... Berghof Forschungszentrum für Konstruktive Konfliktbearbeitung. - Berlin, 2005. - (Berghof Handbook Dialogue Series; No. 3), S. 63-68

**Böge, Volker:** Salomonen: Kein „Neuer Krieg“ (aber auch kein alter). In: Krisenregion Südostasien alte Konflikte und neue Kriege / Waibel, Michael; Jordan, Rolf; Schneider, Helmut (Hrsg.). / Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien - Bad Honnef: Horlemann, 2006, S. 101-119, (Pazifik-Forum; Bd. 11)

**Boemcken, Marc von** (u.a.). In: Organising civil society campaigns for small arms action a manual for NGOs / Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Eschborn) / Bonn International Center for Conversion - Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, 2005

**Brethfeld, Julie / Ashkenazi, Michael / Pietz, Tobias:** EU Action on Small Arms and Light Weapons and Explosive Remnants of War in the Balkans, UNIDIR, Geneva, December 2005

**Brzoska, Michael:** Gezielte Sanktionen als Mittel der Konflikteinhegung in Afrika Erfahrungen und Einsichten. In: S und F: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (Baden-Baden), 23 (2005) 4, p. 209-215

**Brzoska, Michael; Moltmann, Bernhard:** Deutsche Rüstungsexportpolitik: Plädoyer für Prinzipientreue. In: Friedensgutachten 05 / Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft ... - Münster: Lit Verl., 2005, p. 228-236

**Brzoska, Michael:** Embedding DDR Programmes in Security Sector Reconstruction. In: Security governance in post-conflict peacebuilding / Bryden, Alan; Hänggi, Heiner (Hrsg.). / Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces - Münster: Lit Verl., 2005, p. 95-113

**Croll, Peter:** Die Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) als subregionaler Konfliktmanager am Horn von Afrika. In: Krisenherd Nordostafrika - internationale oder afrikanische Verantwortung? / Walter Feichtinger ... (Hrsg.). Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, p. 89-102

**Croll, Peter:** HIV / AIDS in the Military. In: State of the world 2005 redefining global security. A Worldwatch Institute report on progress toward a sustainable society/Starke, Linda (Hrsg.). / Worldwatch Institute - London: Earthscan, 2005. - XXVII, p. 54

**Friedensgutachten 2005** / Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno; Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph (Hrsg.). / Institut für Entwicklung und Frieden (Universität - Gesamthochschule Duisburg); Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (Heidelberg); Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Frankfurt/Main); Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Hamburg) - Münster: LIT Verl., 2005. - IV, 288 p. (Friedensgutachten; 2005)

**Hauswedell, Corinna:** Die neue europäische Sicherheitspolitik - Eine verpasste Chance? Die Dilemmata des Solana-Papiers und die „Rekonstruktion des Westens“. In: Die Wiedergeburt Europas / Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.). Projektleitung Thomas Roithner. - Münster: Agenda Verl., 2005, p. 133-142

**Hauswedell, Corinna:** Nordirland Mythos und Mafia. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Bonn), 50 (Juni 2005) 6, p. 667-670

**Heinemann-Grüder, Andreas; Grebenschikov, Igor:** Security governance by internationals the case of Kosovo. In: International Peacekeeping (Ilford), 13 (March 2006) 1, p. 43-59

**Jaspers, Willem:** Öldiebstahl, Rebellenbewegungen und Korruption. Die Konfliktodynamik im Niger-Delta als Herausforderung für Deeskalation. In: Friedensgutachten 05 / Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft ... - Münster: Lit Verl., 2005, p. 106-114

**Küchle, Hartmut:** EU-Rüstungsmarkt erfordert nationale Industriepolitik. In: Strategie und Technik (Frankfurt/Main), 48 (März 2005) 3, p. 8-11

**Küchle, Hartmut:** Die Neustrukturierung des deutschen Rüstungsmarktes als industriepolitische Aufgabe / Hans-Böckler-Stiftung - Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 2005. - 226 p. (Edition der Hans-Böckler-Stiftung; 135)

**Küchle, Hartmut:** Schwerter zu Flugscharen, Kasernen zu Schulen. In: AKP – Fachzeitschrift für Kommunal Politik, 2/2005, S. 51ff.

**Paes, Wolf-Christian:** The challenges of disarmament, demobilization and reintegration in Liberia. In: International Peacekeeping (Ilford), 12 (Summer 2005) 2, p. 253-261

**Paes, Wolf-Christian:** "Conflict diamonds" to "clean diamonds". The development of the Kimberly Process Certification Scheme. In: Resource politics in sub-Saharan Africa / Matthias Basedau ... (eds.). Institut für Afrika-Kunde. - Hamburg: IAK, 2005. - (Hamburg African Studies; 14), p. 305-323

**Paes, Wolf-Christian:** Internationale Initiativen zur Eindämmung von Ressourcenkonflikten und „Neuen Kriegen“. Ein Überblick. In: Die Friedens-Warte (Berlin), 80 (2005) 1-2, p. 61-81

**Paes, Wolf-Christian:** State-building im Regenwald. Die Vereinten Nationen in Liberia. In: Friedensgutachten 05 / Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft ... - Münster: Lit Verl., 2005, p. 97-105

**Paes, Wolf-Christian; Faltas, Sami.** 2005. Disarmament, Demobilization and Reintegration: Not Only a Job for Soldiers. In: Paul van Tongeren et al. (Hrsg.): People Building Peace II. Successful Stories of Civil Society. Boulder: Lynne Rienner.

**Pietz, Tobias:** Zivile und militärische Komponenten bei den Vereinten Nationen. Integrierte Missionen, fusionierte Einheiten und gefährliche Partnerschaften. In: Friedensgutachten 05 / Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft ... - Münster: Lit Verl., 2005, p. 191-199

**Pietz, Tobias:** Overcoming the Failings of Dayton: Defense Reform in Bosnia and Herzegovina. In: M.A.Innes (Ed.): Bosnian Security after Dayton, Routledge, Contemporary Security Studies Series, July 2006

**Wirkus, Lars:** Indigene Regelungen des Wassermanagements. Die EZ im Wassersektor könnte stärker auf traditionelle Ressourcen setzen. In: Zeitschrift Entwicklungspolitik (Frankfurt/Main), (Mai 2005) 10, p. 46-48

**Wirkus, Lars; Böge, Volker:** Value of Water – Different Approaches in Transboundary Water Management. An introduction to the workshop. In: IHP/HWRP Berichte, Heft 3: Value of Water – Different Approaches in Transboundary Water Management, 2005

**Wirkus, Lars; Böge, Volker:** Afrikas internationale Flüsse und Seen. Stand und Erfahrungen im grenzüberschreitenden Wassermanagement in Afrika an ausgewählten Beispielen. Gutachten im Rahmen des Forschungs- und Beratungsprojekts des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): „Grenzüberschreitendes Gewässermanagement in Afrika“ / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2005. (Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik; 7/2005)

**Wirkus, Lars:** Liegenschaftskonversion. In: Andreas Heinemann-Grüder (Ed.): Studienbrief Konversion und Konflikttransformation. Fernuniversität Hagen, 2006

**Wirkus, Lars; Böge, Volker:** Traditional Approaches to Wise Water Sharing. Box. 11.4. In: UNESCO-WWAP (ed) (2006): World Water Development Report 2 – Water a shared responsibility, 2006



# Das BICC auf einen Blick

**A**ls unabhängige, gemeinnützige Organisation fördert das BICC Frieden und Entwicklung. Das BICC will militärspezifische Prozesse, Aktivitäten, Liegenschaften und Strukturen wirksam und nachhaltig umwandeln. Abrüstung setzt Mittel frei, die zur Bekämpfung der Armut genutzt werden können. Konversion sorgt dafür, dass diese Ressourcen zielgerichtet umgewidmet und bestmöglich genutzt werden können. Beide Prozesse ergänzen sich und tragen zur Verbesserung der menschlichen Sicherheit bei.

Die „klassischen“ Konversionsthemen umfassten beispielsweise die Umwidmung von Militäretats, den Umbau der Rüstungsindustrie, die Schließung von Standorten und die Demobilisierung von Soldaten. Mittlerweile hat das BICC seinen Tätigkeitsbereich erweitert. Heute widmet es sich hauptsächlich den drei Schwerpunkten: *Waffen, Frieden schaffende Maßnahmen und Konflikte*.

Das BICC setzt sich dafür ein, dass die eng gefassten Vorstellungen von nationaler Sicherheit, wie sie vor allem in den Streitkräften zu finden sind, einem Konzept globaler Sicherheit weichen müssen. Globale Sicherheit ist heutzutage nicht ohne die Verringerung der Armut, Verbesserung der medizinischen Versorgung und Verbreitung guter Regierungsführung in der ganzen Welt zu erreichen – kurz gesagt, nicht ohne menschliche Sicherheit im weiteren Sinne.

**Waffen:** Besondere Aufmerksamkeit widmet das BICC den Kleinwaffen. Aber auch auf anderen Gebieten, die aktuell Anlass zur Sorge geben, baut das Zentrum seine Fachkenntnisse aus – z. B. in Bezug auf die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie Waffenembargos oder neue militärische Technologien.

**Frieden schaffen:** Hierzu gehören die Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer nach dem Ende eines Konflikts sowie Programme zum Einsammeln von Waffen. Das BICC trägt aber auch zur Entwicklung von Konzepten für die Reform des Sicherheitssektors bei. Schwerpunkte sind dabei die zivil-militärische Kooperation, eine stärkere Kontrolle des Militärs durch die Zivilgesellschaft und die Sicherheit in zerfallenen Staaten.

**Konflikte:** Das BICC ist dabei, sein Tätigkeitsfeld in den Bereichen Konfliktmanagement und Konfliktvermeidung zu erweitern. Dies umfasst auch Auseinandersetzungen um profitbringende Ressourcen und grenzüberschreitende Streitfragen, die z. B. durch Wassernutzung verursacht werden.

Diese drei primären Themenbereiche der BICC-Analysen werden von anderen Querschnittsaspekten ergänzt, wie etwa Fragen der Geschlechterrollen, Pandemien und Umweltschutz. Das BICC betreibt angewandte Forschung, veröffentlicht seine Resultate und veranstaltet Konferenzen. Der internationale Mitarbeiterstab leistet Beratungstätigkeit, gibt politische Empfehlungen, bildet aus und führt praktische Projektarbeit durch. Das BICC stellt Regierungen, NROs und anderen öffentlichen und privaten Organisationen Informationen und Gutachten zur Verfügung. Mit seinen an die breite Öffentlichkeit gerichteten Ausstellungen arbeitet das BICC darauf hin, seine zentralen Themen stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rücken.





IMPRESSUM:

BICC  
BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION -  
INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN GMBH  
AN DER ELISABETHKIRCHE 25  
D-53113 BONN  
GERMANY  
TEL.: 0228-911 96-0  
FAX: 0228-24 12 15  
E-MAIL: [BICC@BICC.DE](mailto:BICC@BICC.DE)  
INTERNET: [WWW.BICC.DE](http://WWW.BICC.DE)

DIREKTOR: PETER J. CROLL  
HERAUSGEBER: SUSANNE HEINKE  
LAYOUT, PUBLIKATIONSMANAGEMENT: SVENJA BENDS